28.3.1996

Nr. 369



INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Hallo Leute!

HÄME UND SPOTT AUF DIESE STADT!
In der "Sicherheitszone" Friedrichstraße ziehen frische Frühlingswinde durch die demolierten Scheiben der Dreispitzpassagen, Vermummte entkommen unerkannt, erheblicher Sachschaden! Und erst der ideelle! Exponenten unserer leistungstragenden Elite stehen morgens schluchzend vor ihrem verkokelten mobilen Häufchen Elend. Wo soll das hinführen! SchülerInnen schmeißen ihre Wut nicht nur VOR die Füße unserer gewählten Vertreter. Wenn das Schule macht! Das alles tut Berlin nicht gut! Wenn da noch mehr auf den Zug aufspringen, -sowas motiviert die kriminellen GewalttäterInnen ja zusätzlich- ,dann Ade Standort Berlin. Und wenn mensch auch noch das breite Grinsen in den Gesichtern dieser verkommenen Subjekte sieht, dann Berlin -gute Nacht!

Soweit zu Sachen, die auch gut und gerne für sich sprechen können und hin zu einigen grundsätzlichen Diskussionen, die konkret diese Zeitung betreffen. Zum ersten wäre da der Vorwurf, uns nicht zu der Festnahme der ANGEBLICHEN AIZ- Mitglieder zu verhalten. 1. haben wir tatsächlich keinerlei Informationen, die über die allgemein bekannten Berichte der staatstragenden Medien hinausgehen. 2.Unsere inhaltlichen Positionen zur AIZ sind das eine, klar ist uns aber, daß Antirepressionsarbeit zu den beiden Festgenommenen so oder so notwendig und wichtig ist, und daß sie raus müssen! Daher also die dringende Aufforderung an die Leute, die sich darum kümmern, uns Infos zu schicken, verantwortlich natürlich, aber eben schneller, als es damals beim K.O.M.M.I.T.E.E. gelaufen ist.
Und weiter:
Die Kritik am Nichtverhalten der Szene als solche (und damit auch an uns) zum weiter laufenden Völkermord in Kurdistan ist absolut berechtigt.Auch wenn von uns niemand denn dringlichen Wunsch hegt, den Frühstückstisch mit olle Öcalan zu teilen, ist es einfach eine Ausrede, daß jede solidarische Praxis zu "Kurdistan" unmöglich sei,weil mensch damit zum Instrument einer stalinistischen Partei würde.Der Ausgangspunkt der theorethischen Kritik an Herrschaftsmechanismen und Hierarchisierung war ja wohl einmal, das Bestehende zu ändern.Heute kommt leider manchmal der Verdacht auf, daß damit eher eigenes Nichtverhalten legitimiert wird. Sich politisch zu verhalten, Praxis auszuüben, erfordert eben auch Umgang mit Widersprüchen, Grauzonen,Positionierungen, die eben auch das Risiko vonFehlern beinhalten.Da ist es natürlich einfacher, das Problem nur im Kopf abzuhandeln, da tun Fehler nicht so weh, und ohne Praxis bleibt mensch dann moralisch einwandfrei.
Mensch sollte aber dann auch so ehrlich sein, das Pferd beim Nahmen zu nennen, denn dann geht es ausschließlich um das Individuelle, das Moralisch-Gut-Sein, die persönliche Integrität, die sich außschließlich aus dem Abstrakten speist und nicht aus der Teilnahme an Kämpfen, Niederlagen, dem Was-falsch-machen-und -daraus-lernen.Und mensch sollte das dann vielleicht auch nicht mehr politisch nennen.

Habt Ihr zwei Männer vorbeilaufen sehen?
Ich sag' nicht, daß es nicht sein kann, ich sag' aber auch nicht ja!







Ordner:
- Rekrutenvereidigung in Bamberg
- zur Villa Courage/ Freiburg
- Freiheit für politische Gefangene (Autonome Zelle "Erich Mühsam")
- Sozialhilfe...
- Papiere zu den Demos am 9.3 in Bonn/ 18.11 in Kölln
- Gegen den Liberalismus (Papier vom Genossen Mao)
- Zur Diskussion um die AIZ
- Papiere von Andreas Böhm

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:

Rohe Eier gegen Sparmaßnahmen

Über 3000 Eltern und Schüler demonstrierten in Kreuzberg / Bürgermeister lud zum Gespräch



● Steine und Eier auf Rathaus und Bürgermeister
● Polizisten verletzt, Autos demoliert, Festnahmen

VON REGINA MÖNCH

KREUZBERG. Franz Schulz, Kreuzbergs neuer Bürgermeister, hatte als einer der ersten ein Ei am Kopf, bald splitterten auch Rathaus-Scheiben und Fotoreporter brachten ihre Kameras in Sicherheit. Dann riefen, erst ratlos, bald aber wütend, Elternsprecher und Schüler zu Ruhe und Mäßigung auf. Vergebens. Etwas abrupt und vor allem zu früh brachen sie resigniert ihre Kundgebung auf dem Platz vor dem Rathaus ab, auf der sie vor mehr als dreitausend Eltern und Kindern über Kürzungen an Schulen sprechen wollten.

Die Reden wurden also wieder eingerollt, schließlich bot Franz Schulz ein Gespräch im Rathaus an. Die Randalierer, anfangs nur eine Handvoll, hatten bald erreicht, was sie wollten: Die Polizei griff ein. Da leuchteten die Augen von noch mehr kleinen Jungen, sie drängten sich vor, denn da war etwas los. Niemand konnte die kleinen Steinschmeißer beruhigen, dafür nahmen sich ihrer alsbald erwachsene Krawallspezialisten an. 12 Festnahmen meldete die Polizei am Nachmittag sowie 46 beschädigte Autos. Der sorgfältig vorbereitete Protesttag der Kreuzberger Schulen fand so ein nicht gewolltes Ende.

Begonnen hatte alles ganz friedlich und mit viel Humor. Zwei Stunden wurden die Lehrer ausgesperrt, in den Schulen dafür Plakate gegen den „Sparwahn" und für „Unsere Zukunft" gemalt. Gegen 10 Uhr machten sich Tausende gemeinsam auf, um zum Rathaus zu ziehen. Dem bunten Zug schlossen sich viele Lehrer an.

Randale, Randale: Mehrere Rathaus-Scheiben gingen durch Pflastersteine zu Bruch (rechts)



Hauptstadt Berlin

Nacht: Anschläge auf Autos in Steglitz und Tempelhof 1

In Tempelhof: Durch die verheerende Hitze des Feuers zerbrach die Motorhaube des Jaguars in der Tempelhofer Geiserichstraße. Feuerwehrleute haben blaues Bindemittel unter den Wagen gestreut, um auslaufendes Öl aufzufangen

Bereits gegen 2.25 Uhr war in der Steglitzer Herrfurthstraße ein Porsche 911 in Flammen aufgegangen. Dreißig Minuten später brennt eine Corvette in der Zimmermannstraße.

Brandbombe 2

In Tempelhof: Nur noch ein Haufen geschmolzener Kunststoff blieb von der ausgeglühten Corvette in der Steglitzer Zimmermannstraße. Nach ersten Erkenntnissen des Staatsschutzes hatten die Täter eine Benzin-Brandbombe unters Auto geworfen

Gegen 5 Uhr wird ein ausgebrannter Jaguar in der Geiserichstraße entdeckt. Gesamtschaden: rund 300 000 Mark.

Trotz räumlicher und zeitlicher Nähe zum Anschlag auf das Haus des Professors, sahen die Ermittler gestern noch keinen Zusammenhang. Ein Polizeisprecher: „Die Eigentümer der Autos haben Kontakte zur Baubranche. Das ist uns vom Professor nicht bekannt."

Brandbombe 3

In Steglitz: Der Porsche 911 nach dem Anschlag in der Steglitzer Herrfurthstraße. Die Flammen haben die ganze Oberfläche der Nobel-Karosse vernichtet. Auch hier fanden sich unter dem Wagen Reste einer Flasche

Fotos: Ravic

Der Jaguar stand vor der Tür des Chefs einer Kreuzberger Abrißfirma. Der Unternehmer zur BZ: „Den Wagen hatte ich mir von einem Freund geliehen."

Die Corvette gehörte einem Steglitzer Architekten. Die Polizei: „Wir gehen davon aus, daß eine bislang unbekannte Gruppe hinter den Auto-Attentaten steckt."

Stadt im Spiel - Wagentage in Berlin

Vom **4. bis 10. April 96** findet in Berlin das bundesweiten Wagenburgen- und Hüttendörfertreffen statt. Seit den Häuserkampftagen im Dezember 1990 in Hamburg werden im Abstand von drei Monaten über ein Wochenende Wagentage in wechselnden Städten organisiert. Auch dieses Treffen steht in dem Zusammenhang, allerdings in einer etwas anderen Form als bisher.
Haben sich über die Kontinuität der letzten Jahre einerseits enge Verbindungen und Vernetzungen zwischen Wagenburgen und Hüttendörfern herausgebildet, so ähnelten die Wagentreffen anderseits oftmals geselligen Familientreffen, ohne das zu gesellschaftlichen Themen inhaltlich und konkret gearbeitet wurde. Viele vermißten eine kontinuierliche Auseinandersetzung und Weiterentwicklung. Arbeitsgruppen blieben oft oberflächlich, von Wagentagen zu Wagentagen auf dem gleichen Stand und meistens ohne über den eigenen Tellerrand hinauszugucken (Legalisierung?, Wer oder was sind wir?, Räumunggsabsichten?...).
Wir haben diese Kritik, die sich seit geraumer Zeit wie ein roter Faden durch die Treffen zog, aufgegriffen und die Wagentage unter ein Schwerpunktthema gestellt und zeitlich ausgeweitet.
Es geht um die Stadt, als zentraler Ort machtpolitischer und wirtschaftlicher Mechanismen und Spiegelbild gesellschaftlicher Zusammenhänge.
Das Thema Stadtentwicklung hat sich für uns, die Vorbereitungsgruppe aus Berlin, innerhalb des letzten Jahres förmlich aufgedrängt. Nach wie vor ist es erklärte Absicht auf Senatsebene, sämtliche Wagenburgen aus dem Innenstadtbereich zugunsten einer geleckten Dienstleistungs- und Hauptstadtmetropole zu verdrängen. Grund und Boden unterliegen einem nie dagewesenen Verwertungsdruck und Freiräume werden immer weiter eingeschränkt.. Das Rollheimerdorf am Potsdamer Platz hatte bereits im September letzten Jahres das seit 13 Jahren bewohnte Gelände zu verlassen. Großinvestor Roland Ernst, der sich im Zusammenhang mit den Hackeschen Höfen in Berlin Mitte sehr sozial gab, indem er die KünstlerInnen in seinem neu erworbenen Objekt beließ und dafür die zu erwartenden Dienstleistungsbüros draufzahlen lassen will, wird sich an der Megabaustellenstadt Potsdamer Platz für die politische und wirtschaftliche Elite mit eigenem Projekt beteiligen. Aber vor dem Rollheimerdorf waren bereits andere in der Verdrängungsreihe. Die Roma in Chalottenburg mußten bereits Anfang des Jahres 95 ihren Platz verlassen, um in den Stauraum Dreilinden zu ziehen. Inzwischen mußten sie auch diesen Platz ersatzlos räumen.
Die Tatsache, daß unsere Wohnungen Räder unter dem Boden haben, wurde auch bei der Räumung des Engelbeckens im Oktober 1993 zum Anlass genommen, um diese mit der Unterstützung von 900 Bullen und starker Logistik an den Stadtrand nach Karow zwangsumzusiedeln. Auf dem Gelände wurde für über 2 Millionen DM ein Interimssportplatz gebaut, der inzwischen aufgrund des lange geplanten Wohnungsbaus wieder abgerissen wurde.
Die verschiedenen Aspekte hatten uns, BewohnerInnen verschiedener innerstädtischer Wagenburgen, letztes Jahr zu dem Versuch veranlaßt, unsere Situation über Verhandlungen mit verantwortlichen PolitikerInnen an einem Runden Tisch zu verbessern. Da von dieser Seite keine Lösungsvorschläge und Angebote unterbreitet wurden verliefen die Verhandlungen ins Leere.
Mit unseren Erfahrungen und dem Bewußtsein, daß die gegenwärtigen „Dienstleistungs"- Entwicklungen nicht nur Berlin und vor allem nicht nur die Wagenburgen betreffen, haben wir uns dazu entschlossen die Wagentage unter das Schwerpunktthema Stadtentwicklung zu stellen.

Palisadenstr. 49 geräumt

Heute morgen zwischen 8 und 11 Uhr wurde die Palisadenstr. 49 geräumt. Seither wird das Haus von einem Trupp Bauarbeiter demoliert und damit unbewohnbar gemacht.

Die "Pali" ist eines der Friedrichshainer Häuser, die schon seit 5 Jahren besetzt sind. Der Installateurmeister Peter Hellmich, der das Haus vor 2 Jahren kaufte, hatte von Anfang an kein Interesse, sich mit den BewohnerInnen zu einigen. Es ging ihm nur darum, das Haus leer zu bekommen, um nach einer Sanierung mit Neuvermietungen hohe Gewinne zu erzielen. Nachdem er mit Schikanen und Drohungen nichts erreichte, versuchte er schon im Sommer 1994, das Haus von der Baufirma Thomas Giese räumen zu lassen; eine offensichtlich illegale Aktion. In den letzten Wochen änderte Peter Hellmich seine Taktik. Den BewohnerInnen gegenüber gab er sich gesprächsbereit, drehte ihnen aber gleichzeitig das Wasser ab. Während er Vehandlungsangebote schickte, organisierte er die Räumung.

Jetzt hat er es also vorerst geschafft. Die "Pali" wurde als "neubesetzt" geräumt. Angeblich soll sie im Febuar unbewohnt gewesen sein! Das ist eine glatte Lüge, und alle Beteiligten wissen das auch. Daß sie damit die Räumung durchsetzen konnten, ist offensichtlich auf eine gute Zusammenarbeit des neuen Innensenators Schönbohm mit der lokalen Polizeiführung und dem Spekulanten Hellmich zurückzuführen.

Diese Räumung ist illegal! Die BewohnerInnen des Hauses und ihre UnterstützerInnen haben nach dem ersten Schock alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die "Pali" zu retten. Währenddessen schaffen die Bautrupps Tatsachen.

Die Pali ist ein Haus, das viele von euch kennen. Seit 5 Jahren ist sie in der Kiezgeschichte wichtig. Wir wollen, daß die Leute sofort wieder reinkommen. Dazu brauchen wir alle nur mögliche Unterstützung!

Demo heute, 26. 3., um 18.00 Uhr

Die gesamten Wagentage werden sich hauptsächlich in der Köpenikerstraße 137 abspielen. Geplant sind verschiedene Vorträge und Dia-Veranstaltungen zum Thema Stadt- und Regionalentwicklung, Diskussionen, AG's und Filme (nicht nur zur Stadtentwicklung) öffentlichkeitwirksame Aktionen, eine Pressekonferenz ,eine Podiumsveranstaltung und eine Wagendemo, an der sich auch die besetzten Häuser beteiligen werden. Das genaue Programm wird sich jedoch erst zu Anfang der Tage herauskristallisieren, da sie auf die Mitwirkung der Wagenburgen und Hüttendörfer aus dem Bundesgebiet aufbauen. Wer also Interesse hat, an den Veranstaltungen teilzunehmen, sollte sich während der Tage in der Köpi informieren. Die Arbeitsgruppen sind allerdings vorrangig den WagenbewohnerInnen vorbehalten. Fest steht jedoch bereits:

die Podiumsveranstaltung zum Thema:
Was tun? Diskussion über Stadtentwicklung, Chancen und Strategien mit : Sonja Kemnitz (Obdachlosenzeitung Motz), Hans-Joachim Ditz (Pastoralreferent St. Michael Gemeinde), Wolf-Dieter Narr (Prof. am Fachbereich Politologie, FU), Uwe Rada (TAZ), Theresa (Dipl.Architektin), Renate, Susanne (Wagenburgen), desweiteren angefragt: besetzte Häuser, Romaunion.

Di., 9.4.96, 20.00 Uhr Ort: Köpi 137

Außerdem
der Wagendemo unter dem Motto:
Die Städte den Menschen, die drin leben,
Beginn Köpi 137, Abschluß Rosa-Luxenburgplatz.
Mi., 10.4.96, 14.00 Uhr,

So long,
laßt uns Eier legen und Schnitzel jagen und euch nicht erwischen,
bis Ostern 96

Bei Fragen, Anregungen, Wünschen zur Beteiligung könnt ihr schreiben an:

Wagenburg
am Kinderbauernhof Mauerplatz
Bethaniendamm 59
10999 Berlin

Wagenburg
„Schwarzer Kanal"
Engeldamm 2
10179 Berlin

Wagenburg Kreuzdorf
Mariannenplatz 1A
10999 Berlin

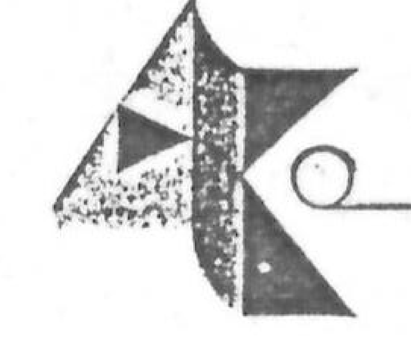
Lohmühlenwagenburg
Lohmühlenstraße
12435 Berlin

Keine Gen-Kartoffeln auf märkische Felder!

In Brandenburg soll erstmals ein Freilandversuch mit gentechnisch manipulierten Pflanzen gestartet werden. Ab April sollen transgene Kartoffeln in Golm bei Potsdam angebaut werden. Jeweils in den Vegetationsperioden sollen bis zum Jahr 2000 64 Kartoffel-Linien mit 40.000 gentechnisch veränderten Kartoffeln pro Jahr auf einer 12.000 m² großen Versuchsfläche wachsen. Als Antragsteller tritt das zur Max-Planck-Gesellschaft gehörende Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie in Golm auf. Deren Direktor Prof. Dr. Lothar Willmitzer hat bereits in Braunschweig eine der wenigen deutschen Freisetzungen mit genetisch veränderten Kartoffeln geleitet und möchte diese Arbeit natürlich in Brandenburg gern fortsetzen.

Bei den geplanten Versuchen sollen im wesentlichen die veränderten Gene eine Resistenz gegen Antibiotika bewirken, und ein ebenfalls eingebautes Enzym aus dem Stärkestoffwechsel von Spinat soll die Eigenschaften der Kartoffelstärke verdrängen (Modifizierung der Stärkebiosynthese der Kartoffel). Die mit dem Freisetzungsversuch erhofften großen Mengen an gentechnisch veränderter Stärke möchte das Max Planck-Institut in verschiedenen Verarbeitungsprozessen testen.

Doch die Gentechnikforschung dient nicht in erster Linie der Verbesserung der Nahrungsmittelqualität, sondern der Förderung eines industriellen Anbaus landwirtschaftlicher Produkte. Die Züchtung genetisch veränderter Nutzpflanzen ist eine Voraussetzung für Monokulturen und Intensiv-Landwirtschaft. Dies kommt einem Artensterben der alten Kulturpflanzensorten gleich. Zudem können gentechnisch manipulierte Pflanzen Agrochemikalien (z.B. Herbiziden) widerstehen, die alle anderen "Unkräuter" vernichten.



ARBEITSKREIS AUTONOMER FRAUENPROJEKTE
HERMANNSTR. 229 12049 BERLIN TEL 030-622 28 92/622 91 62

Für eine Wende in der Frauen(projekte)politik - "Wir haben es satt, Stroh zu Gold zu spinnen"

Sparmaßnahmen sind in aller Munde - Streichungen, Kürzungen und Haushaltsdefizite sind die aktuellen Schlagwörter. Die derzeit regierende Große Koalition setzt sich ein Denkmal mit milliardenschweren städtischen Großprojekten (wie Tiergarten- Tunnel und U-Bahn Ausbau) - die Haushaltslöcher will sie durch Sozialabbau stopfen.
Besonders betroffen sind Frauen und Kinder und ihre wichtigsten Infrastruktureinrichtungen. Die **Frauen- und Mädchenprojekte**.
Sie fühlen sich von der Finanzkrise und der Berliner Haushaltslage bedroht - ziehen sie im Verteilungskampf den Kürzeren?
Dies gilt es zu verhindern!

Was macht Frauenprojekte so unersetzbar?
Engagement und Qualität - ein Plädoyer für die Professionalität in Frauenprojekten!
Frauenprojekte sind mittlerweile zum festen Bestandteil der sozialen und kulturellen Infrastruktur der Stadt geworden. Ihre Angebote werden von vielen Frauen genutzt, ihre Qualität und Notwendigkeit sind unbestritten. Frauenprojekte leisten gesellschaftlich notwendige Arbeit in Bereichen wie: gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Gesundheit, Therapie und Sucht, Kulturelles und Multikulturelles, Forschung, Bildung und Beschäftigung, Prostitutuion und Aids, Wirtschaft und Existenzgründung.
Frauenprojekte sind mehr als reine Beratungs-, Informations-, Bildungsorte. Sie greifen gesellschaftliche und frauenspezifische Probleme auf, entwickeln Lösungen und versuchen, mit Parteilichkeit und herrschaftsfreien Räumen auf die Autonomie und Selbstbestimmung von Frauen hinzuwirken. Es ist die alltägliche Arbeit an der Chancengleichheit - sowohl für die Projektmitarbeiterinnen, als auch für die Besucherinnen. Frauenprojekte sind ein entscheidendes Forum, wenn es um gesellschaftliche Partizipation von Frauen geht. Diese professionelle Arbeit erfordert eine bedarfsgerechte Bezahlung und Ausstattung

Idealismus allein ernährt nicht
Die Forderung nach Anerkennung feministischer Projektarbeit unter den Aspekten Autonomie, Parteilichkeit, Ganzheitlichkeit und Interdisziplinarität ist immer auch die Forderung nach angemessener Bezahlung und Förderung.
Wie sieht aber die Realität in den Projekten aus?
Unbezahlte Arbeit, befristete und untertarifliche ABM- und Honorarverträge, mehr Teilzeit- als Vollzeitstellen, ohne Recht auf Tarifanpassung sind die Regel. Das "Beste" ist derzeit die Projektfinanzierung durch die Senatsverwaltung - aber die Landeshaushaltordnung sieht keinen Rechtsanspruch auf Förderung vor. Diese Finanzierung als freiwillige Leistung ist immer auf ein Haushaltsjahr begrenzt. Dies widerspricht den langfristigen Konzeptionen der Frauenprojekte. Es gibt keine Planungssicherheit, sondern das jährliche Ringen und verhandeln um die Verlängerung der Finanzierung. In diesem Zusammenhang wurde von Politikerinnen in den letzten Monaten eine neu einzuführende Vertragsfinanzierung mit Leistungskatalogen für Frauenprojekte als rettende Lösung zu Markte getragen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß diese geplante Umstellung der Finanzierungsart bereits unter dem Aspekt der Einsparungen diskutiert wird. Frauenprojekte bewerten diese Änderung derzeit eher als einen Anschlag auf ihre Existenz denn als Lösung der finanziellen Unsicherheit. Die Befürchtung liegt nahe, daß nur noch katalogisierbare und quantitativ erfaßbare Teile der Projektarbeit finanziert werden sollen. Dieses wäre eine unwiderbringliche Zerstörung der Projektstruktur und -arbeit, die nur begrenzt nach marktwirtschaftlichen Kriterien funktioniert.
Zur Zeit bestimmt die Haushaltslage über den Erhalt oder die Streichung von Frauenprojekten. Die Prioritätensetzung der Großen Koalition macht Panik - die knapp werdenden Haushaltsmittel fördern eine Konkurrenzsituation, in der Frauenprojekte keine Lobby haben.

Abhilfe
Der Erhalt und die Erweiterung der Frauenprojektkultur ist immer eine Frage politischer Prioritätensetzung gewesen - besonders in Zeiten knapper Ressourcen.
Frauenprojekte fordern eine bedarfsgerechte Absicherung - diese muß als gesetzliche Pflichtaufgabe verankert werden. Es muß einen Rechtsanspruch auf langfristige Förderung geben. Förderkriterien müssen transparent gemacht werden.
Um Planungsicherheit zu haben und effizient wirtschaften zu können, müssen mindestens Bedingungen erfüllt werden wie:
- Förderungszusagen, die über ein Haushaltsjahr hinausgehen
- übergangslose Stellenneubesetzungen und Schwangerschaftsvertretungen
- Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsverfahren
- mindestens jährliche Vorauszahlungen mit der Möglichkeit der Rücklagenbildung
- bedarfsgerechte Personal- und Sachmittelausstattung

Wir fordern den Erhalt und den Ausbau der Frauenprojekte - dies geht nicht ohne Wende in der Frauen(projekte)politik - wir haben es satt, Stroh zu Gold spinnen zu müssen.

Arbeitsgruppe FAKT -Feministische Aktion- des Arbeitskreises Autonomer Frauenprojekte und des Plenums Ostberliner Frauenprojekte

§ 129a - Staatsschutzprozeß gegen Ursel Quack vorm Oberlandesgericht Koblenz

*Am **Montag, den 25. März um 9.30 Uhr** beginnt vor der Staatsschutzkammer des Oberlandesgerichts in Koblenz (Karmeliterstraße) der Prozeß gegen Ursel Quack aus Saarbrücken wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Der Prozeß ist bisher auf zwei weitere Tage, den 27. und 28. März terminiert.*
Für uns heißt das, bis zu Beginn des Prozesses wie auch in den Prozeßwochen möglichst wirkungsvolle, gezielte Initiativen gegen diesen Staatsschutzangriff zu entwickeln. Abschreckung und Entsolidarisierung sowie Entpolitisierung und Spaltung auf Grund staatlicher Repression müssen überwunden werden.



Prozeßbeginn:
25. März 9.30 Uhr
weitere Termine
27. und 28. März

Spendenkonto: RA M. Heiming
Stichwort "Stoffwechsel"
Postbank Karlsruhe
Kto. Nr. 335348/757 BLZ 660 10075

Wir wollen, daß der Bundesanwaltschaft und der Staatsschutzkammer in Koblenz diese Vorhaben zusammenklappen!

In einer Zeit des reaktionären Rollbacks sowie der Schwäche der Linken hier und weltweit ist uns bewußt, daß nur eine starke politische Kraft die Staatsschutzangriffe gegen die Linke zurückschlagen kann. Bundesweit sind zahlreiche Gruppen und politische Zusammenhänge mit der Frage konfrontiert, wie eine Entwicklung in diesem Sinne in Gang kommen kann. Der Staat versucht Ansätze von Organisierung aus den letzten Jahren mit den Mitteln der Repression zu ersticken. Keine Gruppe und kein Zusammenhang kann das aus eigener Kraft isoliert abwehren.

Ursel wird vorgeworfen, über einen längeren Zeitraum Kontakt mit der "Kommandoebene der RAF" gehabt zu haben und mit ihrer politischen Arbeit in Initiativen in Saarbrücken (Stadtteilzeitung Stoffwechsel, Gelber Punkt - Aktion, Antirassistisches Antifaschistisches Notruftelefon) in Abstimmung mit der "Strategie der RAF" gehandelt zu haben. Den Beweis für den Kontakt soll ein Brief erbringen, der im Rucksack von Birgit Hogefeld bei ihrer Verhaftung in Bad Kleinen gefunden worden war und Ursel zugeordnet wird. Untermauert werden soll das Ganze mit Ursels politischer Geschichte seit Mitte der achtziger Jahre im Zusammenhang mit revolutionärer Politik, ihrer solidarischen Auseinandersetzung mit der Politik der RAF sowie ihrer Korrespondenz mit politischen Gefangenen in der BRD.
Die "Beweislage" der Bundesanwaltschaft ist dünn, was sich in ihrem vorläufigen Rückzug im Winter 1994 ausdrückte, als sie Ursel nach 14-tägiger Untersuchungshaft wieder freilassen mußten. Öffentliche Proteste hatten mit dazu beigetragen, daß der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt und fünf Monate später ganz aufgehoben wurde.

In der Mobilisierung gegen Ursels Prozeß wollen wir solidarische Bezüge zu anderen Kriminalisierten herstellen:

- Die seit Anfang der 90er Jahre laufenden Ermittlungen gegen die Autonome Antifa (M) in Göttingen sollen im August in einem Schauprozeß gegen 17 AntifaschistInnen gipfeln. Der Prozeß soll Pilotfunktion für die Durchsetzung einer neuen Qualität der staatlichen Verfolgung von antifaschistischer Organisierung haben.

- Im Zuge von bundesweiten Razzien im Zusammenhang mit der Zeitschrift *radikal* sowie den militanten Gruppen Antiimperialistische Zelle (AIZ) und (dem mittlerweilen aufgelösten) K.O.M.I.T.E.E. wurden im Sommer 95 vier Menschen festgenommen und bis Ende des Jahres in Untersuchungshaft gesperrt. Nach anderen wird seitdem gefahndet. Vor wenigen Tagen wurden zwei weitere Männer verhaftet, denen "Mitgliedschaft in der AIZ" vorgeworfen wird. Wir müssen im Zusammenhang mit den Razzien und Festnahmen mit der Eröffnung von §129a-Prozessen rechnen.

- Vor dem Hintergrund der Tätigkeit des VS-Agenten Steinmetz wurde ein Ermittlungsverfahren gegen eine Bewohnerin des Frankfurter Wohnprojektes Fritze mit dem Vorwurf der Beteiligung an der Sprengung des Hochsicherheitsgefängnisses Weiterstadt eingeleitet. Gegen vier BewohnerInnen wurde in diesem Zusammenhang wegen Aussageverweigerung eine 5-monatige Beugehaft verhängt, zwei der Betroffenen sind noch immer in Haft.

- Am weitesten geht die staatliche Repression im Zusammenhang mit dem kurdischen Befreiungskampf gegen hier lebende Kurdinnen und Kurden. Es gibt tausende von Ermittlungsverfahren, darunter zahlreiche nach § 129a, sowie mehrere hundert Gefangene in deutschen Gefängnissen. Die verhängten Urteile schließen sogenannte ausländerrechtliche Konsequenzen wie die Abschiebung in den Folterstaat Türkei ein.

Daß die Linke eine Kraft wird, die wirkungsvoll agieren und die Staatsschutzangriffe zurückschlagen kann, muß erkämpft werden. Alle, die sich nicht länger dem reaktionären mainstream unterwerfen wollen, rufen wir auf, im gemeinsamen Handeln die Kräfte zu bündeln und Protest und Widerstand auf die Straße zu bringen.

Kommt zur Demonstration am ersten Prozeßtag ! (16.30 Uhr Josef-Görres-Platz/Koblenz)
Kommt zu den Prozeßterminen !
Bestellt und verteilt Prozeßinfos, Aufrufe, Plakate und Spuckis!
Prozeßcafe im TATORT (Münzplatz 15) in den Prozeßpausen und nach dem Prozeß

Komitee Solidarität heißt Widerstand Landwehrplatz 2 66111 Saarbrücken

ALLES ANDERE IST QUARK

Oder: Autonome + 1.Mai - (Wie) Geht's weiter?

Bevor wir als zerstückelte autonome Szene uns mit wehenden Fahnen auf den nächsten 1.Mai stürzen, sollten wir uns die Diskussion der letzten Jahre in Erinnerung rufen. Auch wenn sie zäh, leidig und unbefreidigend war, gab es doch eine Reihe von wichtigen Gründen, die gegen eine autonome/linksradikale 1.Mai-Demo gesprochen haben. Einige der konterrevolutionären Highlights der revolutionären 1.Mai-Demos der letzten Jahre stelle ich hiermit neu zur Diskussion.

Erscheinungsbild

Wie wirken wohl unsere Demos/Straßenfeste auf "Außenstehende" (damit meine ich Menschen, die sich nicht zur Szene zählen, jedoch ein politisches Interesse für uns besitzen)?
Eine Demo in einer Zeit der zunehmenden Vereinzelung, des Sozialabbaus, der Zersplitterung linken Widerstandes sowie der schwindenden Utopien. Was sich für uns als bunte, lustige, starke Demo mit guten Redebeiträgen darstellt, kommt für Außenstehende häufig als ein unverständlich-aussageloser Haufen von freakigen/punkigen Jugendlichen und Älteren rüber, die in sich geschlossen mit Bullenspalier die Straße lang laufen. Stellt sich nach außen hin wie eine geschlossene Masse dar. Drumherum eine beängstigende Armada des Berliner Bullenapparates. "Für oder gegen was sind die eigentlich?" - "So viel Hass - so viel Gewalt..." Und unsere veralteten Parolen: "Polizei-SA-SS" oder "deutsche Bullen üben fleißig für ein neues 33" (als Relativierung des NS-die Bullerei heute mit der von '33 zu vergleichen!!), "Hinter dem Faschismus steckt das Kapital" (als wenns nur das wäre..!), "Friede den Hütten-Krieg den Palästen" (naja, wenn ich mir da so manche ausgebaute Szene-Fabriketagen angucke...), "Wir sind die wilden Horden,..." (kein Kommentar) und viel Plumpes mehr.

Hass
Hass
Hass

Assoziationen zu uns Autonomen: moralinsauer, missionarisch, lustfeindlich, katholischer als der Papst, intolerant + ideologisch verbohrt. Die Welt besteht nur aus Bullen, Bonzen, Faschoschweinen, Spekkis, den Gefangenen und uns. (Beide letztere vertreten das Gute, alle anderen das Böse) Ist zwar jetzt Böse ausgedrückt, aber ich überspitze das mal jetzt. Um Himmels willen...! So erstmal ein bleibender Eindruck, wie ich ihn oft mitbekomme.

Mackermilitanz

Die 1.Mai-Demos waren ausnahmslos alle von Bildern heroischer Straßenkämpfer geprägt (Ich will mich hier auch nicht herausnehmen). Frauen + Militanz? - das ist eine anders gelagerte Diskussion, in die ich mich (in meiner soziokulturellen Eigenschaft als Mann) nicht einmischen will.
Als autonome Männer haben wir es bisher nicht geschafft, die Gradwanderung zwischen gezielter, politisch sinnvoller Militanz und männlich-mackrigen Subjektivismus durchzustehen. Männlich dominiertes Ritualverhalten, wie die stramme Formierung im schwarze Block (unter dem Vorwand der Abschreckung und der Anonymität in der Masse), wie es von der Antifaschistischen Aktion immernoch unhinterfragt mitgetragen wird, oder das heroische Einzelkämpfertum stehen zur Diskussion. Der autonome Straßenkampf bietet für uns Männer die Möglichkeit, die aufgestauten Gefühle zu entladen, die wir durch unsere Unfähigkeit, sie im Alltag anders/offen zu bewältigen, nicht imstande sind. Mitunter der Wunsch, sich mit Hilfe von Macker-Militanz Anerkennung zu verschaffen, ist ein uralter Herrschaftsmechanismus. Oh, was bin ich für ein toller Fighter...
Wers ausführlicher lesen will, dem kann ich Theweleits "Männerphantasien" empfehlen (viel zitiert-wenig gelesen; der mit dem "Körperpanzer" etc.) Auch wenn das mit der Mackermilitanz nicht zwangsläufig so sein muß, ist es einfach nicht zu übersehen. Stellt sich die Frage, was geht in dem Moment einer militanten Auseinandersetzung in mir vor? An welche früheren Erlebnisse erinnert mich meine Wut? Was will ich da ausleben? Ist vielleicht erstmal eine etwas weniger schmerzvolle Weise der Selbsterfahrung, als über das militante Reproduzieren von unhinterfragten Männerphantasien. Nicht

Gibt es eine "politisch-korrekte" Militanz?

mißverstehen: es handelt sich nicht um die Individualisierung/Entpolitisierung von militanten Aktionsformen, sondern um die Hinterfragung der persönlichen Motivation!
Ebenso zu kritisieren die sexistischen Verhaltensweisen gegenüber Frauen, wie sie von uns Männern ausgeübt, hingenommen, überhört oder anders ignoriert werden. Warum sollen sich Frauen sowas auf einer Demo reinziehen? Zusammen kämpfen - für was? -Gegen was? Mit wem?
Wie kann eine "korrekte" Militanz vom Standpunkt des Subjekts aussehen? Anders gefragt: dürfen/sollten Macker militant sein? So gefragt, natürlich nicht aber: ab wann ist wer ein Macker?? Wie gehen wir in Zukunft mit Mackermilitanz um?
Wenn wir sie so hinnehmen, um daran uns + andere Männer zu politisieren, können wir nicht von den Frauen erwarten, gemeinsam Politik zu machen, wir würden damit Frauen tendenziell + faktisch von militanten Aktionsformen ausschliessen.
Gehen wir im konkreten Fall gegen Mackermilitanz vor, übernehmen wir zwangsläufig eine Hilfsfunktion für die Bullen. Außerdem mit einem flauen Gefühl im Magen als die "besseren Männer" aufzutreten.
Wenn wir uns aber alle gleichermaßen als Macker begreifen, so ist damit der Mackerbegriff aufgehoben: ist jeder Mann ein Macker, so sind alle Männer genauso keine Macker, weil Macker=Mann. So einfach kann das Mackerproblem gelöst + Verantwortung abgegeben werden.
Diese Gradwanderungen sollten mit in die Diskussion über Mackermilitanz einbezogen werden.
In welcher erträglichen Struktur können wir darüber reden, wo es inzwischen kaum noch Männergruppen gibt? Was können/sollen Männergruppen hier anbieten? Wie können sie politisch agieren?

Alkrandale

Zum Stichpunkt Mackermilitanz läßt sich reibungslos die Alkrandale anschließen. Das betrifft die 1.Mai-Straßenfeste ähnlich wie die Demos.
Allerspätestens, wenn die Sonne am 1.Mai untergeht, erwachen die ersten Alkleichen zu neuem Leben. Jede noch so dümmliche Bullenprovo wird von unerschrockenen Helden + gestandenen Kampftrinkern mit einem Flaschenhagel (leere Pullen versteht sich) beantwortet. Egal, ob das Fest noch im Gange ist und Menschen mitreingezogen werden, die sich nicht beteiligen wollen, oder gar wegrennen können (letzteres z.B. bei Kindern, alten Leuten, "HilfenehmerInnen"). Alkohol kann helfen, die letzten Hemmungen männlicher Subjektivität freizulegen und Masken fallenzulassen ("In vino veritas est" - im Wein bzw. Bier liegt die Wahrheit).

"Was gut ist, setzt sich durch" (Berliner Pilsener)

Selbst die Versuche, alkfreie Straßenfeste zu machen, haben diesen Automatismus nur minimieren können. Deutsche Dreifaltigkeit: Autofahren, Bier und Fernsehen.
Wie gehen wir um mit der Alkfraktion, unserem eigenen Alkoholkonsum bzw. der unmittelbaren Alkrandale? Machen wir uns vorschnell zu Hilfssheriffs? Propagieren wir den Antialkoholismus? Welche Inhalte lassen sich aus der Drogendiskussion so vermitteln, daß wir einen angemessenen, nichtrepressiven Umgang mit Drogen aller Art lernen können?

Rim (RK)

Die Auseinandersetzungen mit der maoistischen Graffitygruppe RK ("Revolutionäre Kommunisten") auf einer 1.Mai-Demo sind so sicher vorhersehbar geworden, wie das Amen in der Kirche. Das liegt meines Erachtens nicht nur daran, daß diese Splittergruppe, die sich auf den berüchtigten Leuchtenden Pfad in Peru bezieht, aus lauter ideologisch verbohrten Holzköpfen besteht, sondern auch auf die Programmatik des Maoismus. Sich (-selbst als kleine Kadergruppe-) im Missionierungseifer an die Spitze einer Bewegung setzen und mit machtpolitischen Mitteln den Gegner ausbooten zu wollen, ist neben der Volkserziehung, der Militarisierung der Gesellschaft und einem Alleinherrschaftsanspruch von wenigen über viele Programm des Maoismus (nachzulesen in Maos Werken und in unterschiedlichsten Geschichtsbüchern). Dazu wurde im übrigen in den Interims der letzten Jahre schon vieles geschrieben.

"Wir sind verpflichtet, das Volk zu organisieren" (Mao)

Letztes Jahr hatten die Erleuchteten der Rim am 1.Mai ihren großen Tag, da über 2000 Leute, die auf die RK-Plakate (Absender: "Rev.1.Mai-Bündnis") hereingefallen waren bzw. von nix 'ne Ahnung hatten, ihr blindlinks hinterherdackelten. Was waren die von den RK stolz auf sich... In der Geschichte stehengeblieben + nix gerafft...

Die RK gehört wie die StalinistInnen ins Museum für gescheiterte "linke" politische Ansätze, die nach hinten losgehen und nicht auf eine Demo, die linksradikale Inhalte vermitteln will. Wenn das als sektiererisch verstanden werden will, dann soll es eben so sein. Manchmal bedeutet Sektierertum auch Schutz vor reaktionären Einflüssen.
Wie gehen wir weiterhin mit maoistischen bzw. stalinistischen Splittergruppen um? Wo sind die Grenzen des Erträglichen auf einer linksradikalen, sich revolutionär nennenden Demo? Was für Leute mit welchen politischen Vorstellungen sitzen in der 1.Mai-Vorbereitung, die denen ein Forum geben wollen?!? Das scheint ja diesmal eine traurige Angelegenheit mit der Vorbereitung zu sein...(siehe letzte Interim/Protokoll).

Der 1.Mai

Wie war das nochmal mit der "Arbeiterklasse", dem "Proletariat" oder der "internationalen proletarischen Weltrevolution"? Das sind überholte Begriffe aus der Vergangenheit, Vereinheitlichungen und inzwischen aussagelose Zuschreibungen. Jedenfalls hier in der Metropole. Trotzdem ist es schon merkwürdig, so einen Tag wie den 1.Mai als autonomen Aktionstag zu bestimmen. So beziehen wir uns wohl mehr auf historische Gegebenheiten als auf eine diffus gewordene ArbeiterInnenklasse.
Was war also am 1.Mai? ArbeiterInnen des 19. Jahrhunderts haben gegen Lohnkürzungen, Stellenabbau, unerträgliche Arbeitsverhältnisse und Marginalisierung gekämpft. In diese Kämpfe haben sowohl AnarchistInnen wie auch KommunistInnen mitgewirkt. Ausgangspunkt für die 1.Mai-Demos war der 4.Mai 1886 in Chicago auf dem Heumarkt, als deutsche Anarchisten während einer Kundgebung eine Bombe gegen die Staatsgewalt zündeten (zu dieser Zeit gab es in den USA eine Vielzahl von "sozialrevolutionären" "Lehr- und Wehrvereinen", in denen sich Männer aus der ArbeiterInnenschicht am Gewehr ausbilden ließen). Diese Kundgebung war eine Folgeveranstaltung des 1.Mai 1886, als 80000 ArbeiterInnen in Chicago streikten und am darauffolgenden 3.Mai die Bullerei gewaltsam eingriff. Nunja, so der kurze geschichtliche Exkurs. Auf was beziehen wir uns da eigentlich?
Beziehen wir uns auf die Sozialrevolutionäre von 1886? Sind es die streikenden Massen? Ist es die Tatsache des Lohn- + Arbeitskampfes an sich? Oder sind es bestimmte, immer wieder auftauchende Inhalte der sozialen Kämpfe?

Anstatt "ArbeiterInnen-Kampftag" - Kampf der (Lohn-) Arbeit!

Welche Motivationen die einzelnen der damals 80000 streikenden ArbeiterInnen damals mitgebracht haben, kann kaum mehr wiedergegeben werden. Sie alle als Sozialrevolutionäre zu stilisieren wäre genauso Quatsch wie zu sagen, daß alle, die auf unsere Demos kommen, als solche zu bezeichnen wären. Die historischen Bedingungen waren sehr verschieden. Die AnarchistInnen von damals zu heroisieren, würde auch zuweit gehen, zumal das ganze eine ziemlich männerdominierte Angelegenheit war, stärker als heute meine ich (zumal die Frauenbewegung sich auch in sozialrevolutionären Kreisen viel erkämpfen mußte + immernoch muß). Die Militanz von damals ("AnarchistInnen, das sind die mit der Bombe") zum Vorbild zu nehmen, das würde wohl nach hinten losgehen. Da bleiben also nur noch die Inhalte vor dem eben so wichtigen Hintergrund der einfachen Tatsache, daß sich da Menschen gegen Ungleichbehandlung gewehrt haben und damit Schnittpunkte für eine Auseinandersetzung über Inhalte einer befreiten Gesellschaft möglich waren. Aber vieles, was den Arbeitsbegriff an sich betroffen hat, ist hinfällig geworden. Das mit der vorschnellen Glorifizierung anarchistischer Geschichte ist auch ein paar Anmerkungen wert.
Wie lautete eine Kritik aus der Radi gegenüber manchen AnarchistInnen?: "Sie lassen sich dort nieder, wo es in der Geschichte am schönsten zu sein schien". Spanien 36, Machno, und so... Aber die Zeiten + mit ihnen die Bedingungen haben sich geändert. Ne Auffrischung anarchistischer Theorie könnte auch nicht schaden, zumal die alten Klassiker (Bakunin, Kropotkin, Rocker, etc.) wohl noch die Renner auf den entsprechenden Büchertischen zu sein scheinen. Die Gesellschaftsanalyse, die ihnen zugrunde liegt, ist nicht mehr so ganz stimmig... mit der heutigen Gesellschaft. Doch muß mensch zugute halten, daß der alte Anarchismus sehr viel Diskussionsstoff bezüglich herrschaftsfreier Utopien beinhaltet (z.B. Kommunegedanken, 4 Std.Woche, etc.) Doch oftmals sind sich diesbezüglich AnarchistInnen von anderen Strömungen der radikalen Linken nicht sehr fern.
So gab es da vor ein paar Jahren den Ansatz "Kampf gegen die Arbeit" (das Plakat war aus der Wildcat) als Kontrapunkt zum DGB, der eben den Arbeitsbegriff hochhält (wie es im Marxismus-Leninismus auch getan wird). Uns geht es ja nicht in erster Linie um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen bzw. allgemein um einen leichteren Zugang zur rosaroten Plastik-Plüsch-Konsumwelt. Wir glauben nicht an die Versprechungen einer alternativen, ökologischen Wohlstandsgesellschaft, sei es staatssozialistisch oder in Reinform kapitalistisch. Und das eben auch international gedacht.

Vielmehr sollte es uns darum gehen, anhand gemeinsamer Schnittpunkte bestehender sozialer Ungleichheiten (die auch als solche empfunden werden) Ebenen + Inhalte + neue Bewußtseinsformen des gemeinsamen Handelns in Hinblick auf eine befreite Gesellschaft zu entwickeln. Sozusagen ein Learning by doing. Eben dieser Ansatz hat auch autonome Politik geprägt. Ich finde ihn nach wie vor gut.

Die sog. Maifestspiele

Militanz ist gut, wenn sie sich in eine globale, politisch-strategische Diskussion einordnen und für Außenstehende politisch vermitteln läßt. Wenn sie in diesem Sinne angewandt wird, können durch sie gesellschaftliche Mißverhältnisse aufgezeigt und die Ohnmacht für einen linken Widerstand durchbrochen werden. Sie würde immer breitere gesellschaftliche Akzeptanz finden. Anhand militanter Aktionen können sich Diskussionen über die herrschenden Verhältnisse entzünden und (persönliche) Politisierungsprozesse entstehen.
Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit, insofern dies gesagte auch für rechte Randale zutreffen kann. (So haben sich in Hoyerswerda/Rostock sicherlich auch viele BürgerInnen politisiert und festgestellt: "mit vereinten Kräften werden wir die Asylsuchenden los"). Doch soweit nach rechts brauchen wir nicht zu blicken. So kann sie im angesichts unserer unhinterfragten Sozialisation zu einem Spiegelbild unser Gewaltphantasien, unserer Konsum-aneignungs-bedürfnisse oder unserer Vorurteile werden.
Doch eine Militanz ganz ohne Gefühl ist wie Essen ohne Hunger: Zweckorientiert und nicht aus einer Lust an Veränderung. Deshalb darf das Subjekt in der Diskussion nicht vernachlässigt werden. ("So, liebes Subjekt, Du darfst wieder hervorkommen") Aber: Es gibt kein wahres Leben im Falschen, oder wir haben dieses Scheißsystem dermaßen verinnerlicht, daß wir nur noch Abziehbilder sind, unsere Bedürfnisse sind "falsch"...irgendwas war da doch (Adorno). Aber auch andere Wege führen nach Rom: **Unsere Bedürfnisse müssen sich an unseren - noch zu schaffenden - Utopien entwickeln. und nicht eine politische Programmatik, die wir vom Kopf her fressen und verinnerlichen. Utopien schaffen kann auch erstmal heißen, anhand von Ausschlußkriterien zu sagen, was wir uns für die Gegenwart und Zukunft nicht wünschen.**

"Militanz kann + darf nie von unseren politischen Inhalten getrennt werden. Militanz bedeutet eine Möglichkeit + nicht Inhalt für einen linksradikalen Prozeß."

Kaputtmachen um des Kaputtmachen-Willens, die Einstellung, jeder noch so kleine Laden repräsentiert den Kapitalismus, der zerschlagen/eingeschlagen werden muß und zweidimensionales "Freund-Feind"-Denken haben der autonomen Bewegung immer geschadet.
Die Schwierigkeit für uns lag + liegt immer noch daran, einerseits durch unsere klare Bereitschaft zur Militanz für jegliche Aktionen - von jung + alt, besoffen + nüchtern, zielgerichtet + beliebig, etc. - einen Raum zu schaffen; und das ob wir es wollten oder nicht. Das ist dann immer mehr zum Selbstläufer geworden, daß dann irgendwelche Leute Fights mit den Bullen geführt haben, die für uns, als einen mehrheitlichen Teil von "älteren" Autonomen, nicht mehr nachvollziehbar waren. So haben wir erst zugeguckt, uns dann zurückgezogen und mußten bitter mitbekommen, wieviele Festnahmen es gab.
Die Stärke, die wir z.B. durch unsere Offenheit in einem bunten Straßenfest vermitteln, kann gegenüber "Außenstehenden" KiezbewohnerInnen durch eine unvermittelte, strategisch unkluge Straßenschlacht zunichte gemacht werden. Andersherum kann ein geöffneter Supermarkt, in dem umsonst Waren verteilt werden, in der Nachbarschaft in guter Erinnerung behalten werden.
Wie verhalten wir uns als militante ProtagonistInnen gegenüber militanten Panneaktionen - sowohl in der konkreten Situation, als auch in der Vermittlung im Nachhinein? Welchen Eindruck wollen wir mit Demo/Straßenfest für "Außenstehende" hinterlassen?

West meets Ost

"Dann erinnere ich mich daran, daß es da noch ein Leben außerhalb der Kreuzberger Stadtmauern gibt..."
Daß der Großteil der radikalen Linken und mit ihr ganz viele andere Menschen im Osten nicht gut auf eine Demo mit Mao-, Stalin- + Leninfahnen zu sprechen waren/sind, sollte eigentlich angesichts der neuesten Geschichte irgendwie nachvollziehbar sein. Die vielgeforderte Geschichtsaufarbeitung mit der DDR im Osten kann nicht gleichzeitig ohne die Aufarbeitung des Marxismus-Leninismus der (radikalen) Westlinken vonstatten gehen. Da sollte sich auch die "Antifaschistische

Aktion (AABO) mal mit ihrem Bezug auf die RotfrontkämpferInnen der 20er + 30er Jahre hinterfragen... Genau in dieser Kontinuität des antifaschistischen Kampfes hat sich die DDR auch begriffen.
So war und ist es ebenso eine Gradwanderung, beispielsweise türkische oder kurdische Splitterparteien mit ihren 5-Köpfen-Fahnen auf einer revolutionären Demo durch den Osten mitlaufen zu lassen. Einerseits das Argument, wir grenzen ja MigrantInnen aus, wenn wir das nicht tun, andererseits das Abgenervtsein von GenossInnen aus dem Osten, der entstellte Charakter der Demo und unser eigenes Unwohlsein, mit Mao, Stalin, Lenin und weiß ich nicht wem vorneweg in einem Fahnenmeer durch die Stadt zu laufen.

"1.Mai-Paraden gab es im Osten genug!"

Anläufe unsererseits zur Diskussion mit diesen Parteien gab es ja genügend. Mensch erinnere sich an die Stalinismusdebatten + -Seminare der letzten 7-8 Jahre.
Dann die Kreuzbergzentriertheit: 1. Mai 13 Uhr O-Platz. Fast schon eine religiöse Formel. Das hat sich ja in den letzten Jahren geändert (Humannplatz und so..).
Dann kam da noch die Kritik, daß wir Wessis den Ossis unsere Aktionsformen aufzwingen würden. Naja, wie oder ob die sich überhaupt so stark unterscheiden? Wenn wir uns die Straßenschlacht vom letzten Jahr am Kollwitzplatz angucken, an dem die Bullen das traditionelle Walpurgisnachtfeuer (noch aus DDR-Zeiten) löschen wollten, so ist ein Riot halt ein Riot. Der hätte genausogut, nur zu früheren Zeiten, am Görlitzer Park sein können. Das kann hinsichtlich militanter Aktionsformen gesagt werden. Was jetzt andere Aktionsformen von den "traditionell-westlichen" unterscheiden soll, ist mir auch noch nicht klar. In der Mainzerstr. haben Ost + West fleißig zusammen besetzt. Daß die Wessis (jetzt: Wossis) sehr trampelig und provokativ in Ostberlin aufgetreten sind, keine Frage.
Mir ist bislang noch nicht klar, was nun die "ostspezifischen" Widerstandsformen ausmachen sollen.
Welche Forderungen können/sollen wir an MigrantInnen stellen, die sich auf die drei, vier bzw. fünf mehr oder weniger schönen Köpfe beziehen, wenn wir mit ihnen zusammen kämpfen wollen? Beziehen wir uns nur auf die "politisch-korrekten" Leute unter ihnen oder wo liegt die Schmerzgrenze des Erträglichen?
Ist es nicht ebenso eine Form von Rassismus, von vornherein MigrantInnen auszuschließen, wie ihre Inhalte nicht ernst nehmen zu wollen; d.h. mit Ihnen - mit egal welchen Inhalten - nur aufgrund ihrer Marginalisierung Aktionen zu machen? Wie gehen wir mit derartigen Rassismen um?
Wo liegen die Schnittpunkte internationaler, sich als linksradikal verstehender "Befreiungsbewegungen" zu uns (die alte Internationalismusdebatte)? Wie kann eine praktische internationale Solidarität aussehen? Ist es sinnvoll, nicht nur die Gemeinsamkeiten, sondern auch die politischen Unterschiede mit internationalen Befreiungsbewegungen zu benennen und nach außen hin zu vermitteln? Jaja, Fragen über Fragen...

Der Kongreß

Anstatt der letzten 1.Mai-Demo einigten wir uns auf einen autonomen Kongreß. Dieser kann im Nachhinein als ein verkopfter Lösungsversuch der vielen Probleme gesehen werden, die die autonome Bewegung hat. Jedenfalls war es ein Bemühen und hat sicherlich in manchen Ags Inhalte vermittelt und Fragen aufgeworfen. Doch sind daraus zu wenig Initiativen entstanden, Gemeinsamkeiten für autonome Politikformen zu entwickeln, um somit der weiteren Atomisierung in viele nebeneinanderher wuselnden Fraktionen entgegenzugehen. Spannend war auch der "Generationsunterschied" anzusehen. Da tauchten plötzlich jüngere Menschen auf, die keine Milchprodukte essen... Die von ihnen thematisierte Politisierung des Ernährungsverhaltens wurde von vielen der "Alteingesessenen" als eine Bedrohung ihres WG-Kühlschranks + der liebgewonnenen Eßgewohnheiten, der Salami auf der Pizza und so... gesehen. "Glücklicherweise" hatte mensch da noch ein paar Faschismusvorwürfe gegenüber den VeganerInnen parat, so daß die o.g. Diskussion kaum aufkommen konnte. (Damit soll die Berechtigung solcher Vorwürfe nicht relativiert werden). Zu diesem Thema kann ich auf meinen bisher öffentlich undiskutierten Text in der Interim Nr. 335 ("Das Essen zur Waffe machen") hinweisen. Vielleicht war er auch zu lang, daß ihn niemand las?
Gut war trotzdem, daß dieser Kongreß eine zeitgemäße Antwort auf die postmodernen Umwandlungsprozesse dieser Gesellschaft war: das Infragestellenwollen alter Wertigkeiten + Ansätze.
Die Tendenz der Aufsplitterung/Pluralisierung, des Skeptizismus und der Beliebigkeit ist ein deutliches Zeichen der heutigen Gesellschaft (siehe auch z.B. die feministische Diskussion um die Postmoderne; Benhabib-Fraser-Butler). Zygmunt Baumann schreibt in dieser Hinsicht:

> *"Das ethische Paradox des postmodernen Zustands besteht darin, den gesellschaftlichen Subjekten die Vollständigkeit moralischer Entscheidung und Verantwortung zurückzugeben und ihnen gleichzeitig die Sicherheit der universellen Orientierung zu rauben, die ihnen das moderne Selbstbewußtsein einst versprach. Die ethischen Aufgaben der Individuen wachsen, während die*

sozialen Ressourcen, um sie zu erfüllen, sich verringern. Moralische Verantwortung geht mit der Einsamkeit moralischer Entscheidungen einher."

Diese Entwicklung haben wir insofern verpennt, als daß wir in ihr noch keine zeitgemäßen politischen Ansätze entwickeln konnten. Nun müssen wir uns neu orientieren. Dazu gehört vor allem, die Fragen der Postmoderne zu diskutieren, neue Gesellschaftsanalysen zu bekommen.

"Die Moderne ist nicht mehr modern"

Stellt sich die Frage, ob linksradikaler Widerstand, ganz im Zeichen der Zeit, selber postmodern sein muß, um Bestehen zu können? Manche GenossInnen spielen ja schon am Internet rum... Aber hier wirds erstmal zu abgehoben... Ich glaube, irgendeine Form von Vernetzung oder Verknüpfung linksradikalen Widerstandes wäre unter Einbezug der gemachten Erfahrungen vorerst nicht falsch. Die Gefahren, die uns bewußt sein sollten, liegen hier in der Gleichschaltung: Teilbereichskämpfe zu vereinheitlichen würde diese in ihrer Eigenständigkeit, Spezifität und Selbstbestimmung zu stark einschränken. Andererseits besteht weiterhin die Gefahr, daß sie sich immer weiter voneinander entfernen und sich gegebenfalls auch entgegenstehen. (Ein vielzitiertes Beispiel: stark machodominierte Antifakämpfe versus Frauen-Lesbenkämpfen)

Worauf will ich hinaus?

So, jetzt habe ich einige wichtige Punkte aufgeführt. Ich hoffe, die Konzentration zum Weiterlesen ist noch da... Ist nicht mehr lange.

Doch nun sind es in erster Linie nicht nur die Inhalte, die Leute beflügeln, zu unseren Demos zu kommen. Das, was die Demo ausstrahlt, ist denke ich von mindestens ebensolcher Bedeutung.

Das, was wir leben wollen, sollten wir versuchen, auch genauso rüberzubringen. Militant für eine gewaltfreie Gesellschaft, aufgeschlossen und zugleich uns vor Vereinnahmungsversuchen schützend. Wir brauchen jedoch Kriterien, unter denen wir gemeinsame Strategien des Widerstandes entwickeln können, ohne uns - als diffuse autonome Bewegung - gegenseitig die eigene Autonomie zu nehmen. Doch was heißt das praktisch angewandt? Das weiß ich (noch) nicht.

Den Punkt, was eigentlich das Revolutionäre an einer rev. 1.Mai-Demo ausmachen soll, hat die Ökologische Linke (letzte Interim), wenn auch sehr allgemein, ja angesprochen. Ich denke auch, daß sich hinsichtlich einer politischen Revolution gegenüber einer sozialen die Geister scheiden. Aber die Idee mit dem sozialrevolutionären Block auf der Demo finde ich belustigend, wenn ich mir vor Augen halte, daß die autonomen 1.Mai Demos aus dem sozialrevolutionären Block der jährlichen DGB-Demo entstanden sind.

"Es gibt viele gute Gründe, warum wir uns mal wieder auf der Straße blicken lassen sollten"

Außerdem können wir als Autonome immer noch mehr als dreimal soviele Menschen mobilisieren als das derzeitige Vorbereitungsplenum imstande ist. Dafür der Ökoli-Vorschlag, "nur" als Block mitzulaufen, finde ich ja sehr bescheiden... Doch wer hat schon Bock auf ätzende Diskussionen im Vorbereitungsplenum?? Abgebrühte, Freiwillige, Mutige bitte nach vorne!!

Jedenfalls finde ich es angesichts der mageren Zeiten umso wichtiger, sich als (Rest-?) Autonome mal wieder auf der Straße blicken zu lassen... In Zeiten steigender Repression (Vorladungen + Verfolgungen wg. Kommitee, Radi-Kriminalisierung, etc.), des Sozialabbaus und den eigenen Zerfallserscheinungen sollten wir den Schritt nach vorne wagen.

Trotzdem darf der 1.Mai nicht überhöhten Erwartungen ausgesetzt werden, an denen wir uns letztendlich nur den Frust reinziehen. Was auf uns alles an Scheiße zukommen kann, habe ich ja nun nochmal anhand der aufgezeigten Erfahrungen dokumentiert. Es stellt sich jedoch die Frage, wie mit soviel möglichen Schreckenssituationen umzugehen ist, wo bei den einzelnen (Gruppen) die Grenzen liegen und ob jede/r einzelne bereit ist, mit der geballten Subjektivität anderer, die auch schnell grenzenüberschreitend sein kann, sich zu konfrontieren.

Hinsichtlich der ost-west-Kiste wäre es mal angesagt, sich zu diesem Thema etwas konstruktiver als sonst auseinander zu setzen. Weiterhin fände ich es wichtig, wenn wir als autonome Männer von unserer Seite her Kriterien entwickeln + anbieten würden, die verbindlich für gemischtgeschlechtliche Aktionen eingehalten werden. So eine Art verbindliche Absprache mit Frauen-Lesben, wie wir gemeinsam Aktionen machen können. Das ist zwar erstmal ein rein praktischer Schritt + muß für das antisexistische Bewußtsein des einzelnen nicht viel bedeuten, aber es ist ein erster Wink zu einer antipat. Auseinandersetzung unter uns Männern. Ist das machbar?

Wie hat Lukacs so schön gesagt: "Das Leben lebt nicht".

Ganz so pessimistisch will ick ooch nicht abschließen. Ich glaube unsere Zeit ist gekommen hinsichtlich einer Zeit, in der durch Sozialabbaumaßnahmen immer mehr Menschen marginalisiert (ausgegrenzt) werden und ähnlich wie viele unter uns keine Orientierung mehr haben. Das soll jetzt aber kein Lobgesang auf die Verelendungstheorie sein, denn Motivationen, Möglichkeiten der Politisierung müssen nicht immer mit der konkreten sozialen bzw. wirtschaftlichen Verelendung zusammenhängen. Die Unerträglichkeit der Herrschaftsverhältnisse kann quer durch alle Gesellschaftsbereiche wahrgenommen + bewußt gemacht werden. Das betrifft in der Radikalität sowohl ökologisches, antipatriarchalisches, antirassistisches wie auch antikapitalistisches Bewußtsein.
Mir ging es also nur darum, einige Fragen aufzuwerfen, um damit das Schwungrad der autonomen Diskussion mal wieder anzukurbeln, das will ich mit diesem Text.
So, noch ein paar Schlußparolen:

Für eine konstruktive Diskusion! Für das Gute - gegen das Böse!
Aus unseren Fehlern können wir nur lernen. Venceremos!! (Gestern war nicht alle Tage - wir kommen wieder - keine Frage)
In freudiger Erwartung auf Eure Reaktionen...

Berlin, 18.03.96
Das Krümelmonster

Communique:

MILITANTE FRAUENGRUESSE: AN DIE HUNGERSTREIKENDEN POLITISCHEN GEFANGENEN AUS GRAPO UND PCE(r)

In der Nacht vom 8. (dem internationalen Frauenkampftag) auf den 9. März, haben wir in Zürich die Fluggesellschaft Iberia, das spanische Konsulat und das spanische Fremdenverkehrsamt mit Steinen und Farbe angegriffen, um unsere Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO im spanischen Staat auszudrücken. Sie fordern:

- Zusammenlegung der Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO in einen Knast!
- Zusammenlegung aller gefangenen UnabhängigkeitskämpferInnen in ihre Nationalitäten!
- Freiheit für alle politischen und sozialen Gefangenen mit schweren Krankheiten!
- Freiheit für alle Gefangenen mit abgesessener Strafe!

Liebe Genossinnen und Genossen

auf diesem Weg schicken wir Euch unsere revolutionären Grüsse und Solidarität.

Seit Jahren versucht der spanische Staat mit allen Mitteln, Eure revolutionäre Identität zu brechen. Die treibende Kraft, die von Euren Kämpfen und revolutionärer Kollektivität - den beiden Komunas Carmen Lopez (Frauen) und Carlos Marx (Männer) - die nicht nur im spanischen Staat ihre Spuren hinterliess, soll endgültig verschwinden.

Solange aber Ausgebeutete aufstehen und sich gegen ihre Ausbeuter organisieren, werden Eure Spuren Teil dieses (Klassen)Kampfes für eine grundlegende, revolutionäre Veränderung sein.

Solidarität wird erst dann wirklich zur Waffe, wenn in unserem Kampf hier auch Eure Spuren erkennbar werden.

Auf einen langen gemeinsamen Kampf für eine REVOLUTIONAERE PERSPEKTIVE!!

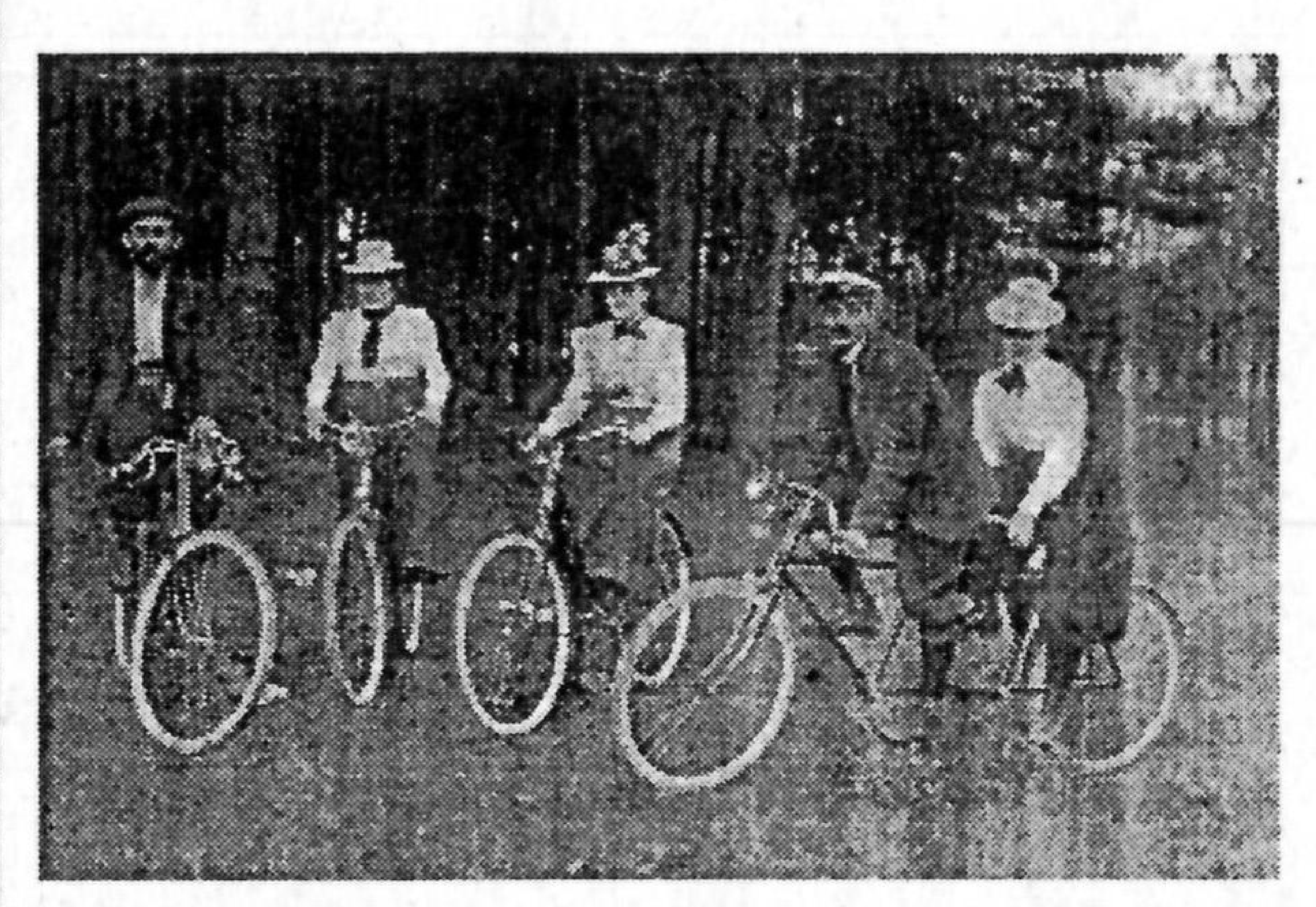
Einladung zum autonomem 1. Mai und zum „Transbergischen Triathlon" am 27. April nach Wuppertal

Liebe GenossInnen und Genossen,

seit 10 Jahren organisieren wir in Wuppertal eine autonome 1. Mai Demonstration mit einem Straßenfest. Da es uns wider erwarten noch gibt, laden wir zu Fest -und Aktionswochen nach Wuppertal ein. Wir wollen beginnen mit der Gedenkveranstaltung in der Wenzelbergschlucht am 21.April, dort wurden 1945 nur wenige Tage vor der Befreiung 72 politische Gefangene und Zwangsarbeiter von der Gestapo per Genickschuß getötet. In der Woche vor dem 1. Mai werden Aktionen und Veranstaltungen gegen die sozialen Angriffe , gegen die Verschlechterungen der Lebensbedingungen stattfinden. Am Samstag, den 27. April um 11.11 Uhr laden wir zusammen mit den RemscheiderInnen und SolingerInnen zum Transbergischen Triathlon ein. Zum Gedenken an den bergischen Robin Hood , den Räuberhauptmann Carl Biebighäuser organisieren wir ein großartiges Stadt- und Landspiel im Bergischen Land. Wir wollen beginnen mit einem Radrennen auf dem Ölberg, wir werden Wett-Rudern auf einem Stausee und eine Volxswanderung durchführen zu überraschenden, geschichtsbeladenen Orten. Genauere Ziele wollen wir der Staatsgewalt zuliebe noch geheimhalten. Ein Reisebus wird uns zu den verschiedenen Orten transportieren.



Also konkret: Wir trainieren schon seit Wochen und fordern euch zum Städteduell heraus. Also liebe GenossInnen aus Nah und Fern, besonders ihr HolländerInnen, mit denen wir die Aktion gegen den Nazimörder Bikker in Hagen organisiert haben, kommt nach Wuppertal zu dem einmaligen und unvergesslichen Transbergischen Triathlon. Wertvollste Preise winken zwar nicht, aber wir werden euch den regionalen Besonderheiten gemäß bewirten (bergische Kaffeetafel), euch garantiert an den Bergen gnadenlos abhängen, eure Schiffe zum Kentern bringen und euch die wunderschönen bergischen Wälder und die Schwebebahn zeigen. Wenn wir nicht verhaftet sind, was angesichts der Wuppertaler Polizei nie auszuschließen ist, werden wir das ganze mit einer Party inklusive unvermeidlicher Siegerehrung im Autonomen Zentrum beenden. Fahrräder und Regenschirme müßtet ihr selber mitbringen, der Rest wird organisiert. Am Sonntag werden wir zum Massengolfen auf den schönsten Golfplatz Wuppertals einladen und abschließend zu einem Massen-Fußball-Match mit mindestens 30 Leuten pro Team bitten. Überlegt schnell, trainiert nicht wenig und meldet euch und eure Teams bei unserem Transbergischen Triathlon-Organisationskomittee . Die Größe der Teams ist egal, besorgt euch aber einheitliche Trikots.



Wir sind zu erreichen über den Infoladen Wuppertal, Brunnenstr.41 42105 Wuppertal
Tel./Fax 0202 / 311790

AG "Sport ist nicht immer Mord" Wuppertal

Wir, die Anti-Expo-AG an der Uni Hannover versuchen seit 1990 unerschrocken und nicht ganz erfolglos (hüstel...), die für das Jahr 2000 in Hannover geplante Weltausstellung zu verhindern. Der Widerstand gegen die EXPO kann nicht allein im Interesse der Menschen in Hannover liegen, da das geplante Spektakel eine internationale Propagandashow des Kapitals und insbesondere Großdeutschlands werden soll. Wir haben deshalb Interesse, mit Gruppen aus anderen Städten über die Weltausstellung zu diskutieren. Dazu wollen wir die Wagentage in Berlin nutzen, um dort mit Leuten (z.B auch aus der NOlympia-Bewegung) über ihre Erfahrungen zu reden und Überlegungen anzustellen, wie wir den Widerstand gegen die EXPO über Hannover hinaus aktivieren können.
Während der Wagentage sind wir am **Sonnabend, den 6.4.96, in Berlin in der Köpi 137** anzutreffen, wo wir einiges über die geplante Weltausstellung erzählen wollen. Wer schon vorher von uns Informationen haben will oder mit uns Dinge abklären will, kann uns jeden Freitag ab 16.00 Uhr im AStA der Uni Hannover unter Tel: 0511/762-5061/-2/-3/-4 erreichen.
Mit dem nachfolgenden älteren, etwas aktualisierten Text wollen wir einen Einblick in die Grundproblematik der EXPO 2000 geben.

Wie Micky Maus die Erde rettet

Die geplante Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz des größten Spektakels in Sachen Wirtschafts- und Industrie-Show sein: die Weltausstellung EXPO 2000. Fünf Monate soll das Spektakel dauern, erwartet werden dazu ca. 45 Mio BesucherInnen. "Die EXPO 2000 steht unter dem Thema 'Mensch-Natur-Technik', sie soll an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter ein völkerverbindendes Signal für die Menschen setzen. Ein Signal dafür, daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen. Wege, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung finden können und zugleich künftig das Gleichgewicht des globalen Ökosystems besser gewährleisten und das friedliche Miteinander nicht gefährden." (Th. Diener, Geschäftsführer der EXPO 2000 Hannover GmbH).

Die Motivation, eine Weltausstellung in Hannover veranstalten zu wollen, bestand allerdings weniger in der Rettung der Menschheit, als vielmehr in der Rettung der "Spitzenposition" der Hannover Messe im europäischen Konkurrenzkampf: es war die hiesige Messe AG, von der die EXPO-Idee 1987 entwickelt wurde. Diese Prestigepläne wurden von den Landes- und Stadtoberen mit Begeisterung aufgenommen, und so wurde unter beispielloser Nichtbeteiligung der Öffentlichkeit die Bewerbung beim Weltausstellungsbüro in Paris (B.I.E.) perfekt gemacht.

Unser Widerstand gegen die geplante Weltausstellung richtet sich gegen zwei wesentliche Aspekte dieser Veranstaltung: zum einen die Folgen für Hannover, da die EXPO ein Mittel der Umstrukturierung dieser Stadt darstellt, zum anderen gegen die Ideologie, die mit dieser Ausstellung transportiert werden soll.

Nachteile für Hannover

Die Nachteile für die Bevölkerung sind gravierend, denn der systematischen Förderung prestigeträchtiger Projekte (z.B. Aufmotzung der Innenstadt, Ausbau der Verkehrswege zum Messe-/EXPO-Gelände) stehen massive Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich gegenüber. Die EXPO ist zugleich Mittel und Symptom einer Stadtpolitik, die ihre gesamten Mittel und Kräfte darauf konzentriert, neue, "innovative" Unternehmen anzulocken, indem sie alles unternimmt, um den anzuwerbenden Führungskräften, Managern und Besserverdienenden zu gefallen. Die HannoveranerInnen, und vor allem die ärmeren Bevölkerungsteile, fallen dabei hinten runter. Diese haben unter steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten, der Vernichtung billigen Wohnraums, ihrer Verdrängung aus den yuppiesierten Stadtteilen an die Peripherie der Stadt und dem weiter fortschreitenden Abbau sozialer Einrichtungen zu leiden. Die "Säuberung" der City von Drogenabhängigen, Punx, Wohnungslosen (die von den Messegewaltigen auch schon mal mit "Abfall" verglichen werden), kurz allen, die nicht in die sterile Glitzerwelt der aufpolierten Innenstadt passen, ist der krasseste Ausdruck dieser Umstrukturierung. Hinzukommend verursacht die EXPO enorme Umweltbelastungen durch Ausbau von Straßen und den zunehmenden Verkehr, höheren Energie- und Wasserverbrauch und die Betonierung riesiger Freiflächen.

"Schöne Neue Welt"

Allein diese negativen Auswirkungen der EXPO 2000 machen Widerstand gegen dieses Projekt nötig. Darüberhinaus lohnt sich aber auch ein Blick auf die ideologischen "Werte", die diese "EXPO neuen Typs" transportieren soll. Denn es ist kaum ein Grund zum Jubeln, wenn Regierungen und Kapital (die auf der EXPO ausstellen würden) auf einmal antreten, um globale Zukunftsvisionen zu propagieren. Was den 45 Millionen BesucherInnen "aus aller Welt" auf dem EXPO-Gelände präsentiert werden soll, ist die Modernisierung des Kapitalismus: Es ist die Rede von Umwelttechnologien (die den westlichen Industrienationen ihre Vormachtstellung sichern sollen), von Reproduktions- und Gentechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologien und sog. "social technologies" (die allgemein der Herrschaftssicherung dienen).

Die Fragestellung nach den Ursachen der ungerechten Verteilung des weltweiten Reichtums und der systematischen Umweltzerstörung soll dabei keine Rolle spielen. Probleme sollen so "gelöst" werden, daß ihre technokratische Bewältigung wieder zu einem Bombengeschäft wird, die Abhängigkeit des Trikont zementiert und der globalen Technokratie der Weg geebnet wird. Die EXPO 2000 dient der Propagierung einer grün getünchten "Schönen Neuen Welt", die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse sichern und ausbauen soll - und Deutschland möchte sich dabei eine Führungsposition sichern.

Das Gerede von der Weltausstellung als Ort eines "weltweiten Dialogs" zwischen den Völkern ist völliger Unsinn, denn ausstellen würden alleine Regierungen und Großkonzerne. Die BesucherInnen verblieben in der passiven Rolle von reinen KonsumentInnen der präsentierten "Zukunftsentwürfe". Sie sollen beruhigt nach Hause gehen mit dem Gefühl, "die da oben" hätten die Lage schon im Griff und würden die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Geleistet werden soll dies vor allem in einer Art "Zukunftsmuseum", dem sog. Themenpark. Besonders hier soll das "Millionenpublikum" durch "künstliche Welten", Simulationsmodelle, Multimediashows und Laserbilder auf Disney-Land-Niveau in den "den Bann" gezogen werden. Micky Maus als Weltenretter.

Sevillanische Vorbilder

Was uns bei der EXPO 2000 blühen würde, zeigt ein Blick auf Sevilla, wo 1992 die letzte "große" Weltausstellung stattfand: Nur mühsam verschleiert wurden dort 500 Jahre Kolonialismus und Ausbeutung unter starkem Polizeiaufgebot abgefeiert. Sevilla verfügt nach Beendigung der EXPO nun über eine riesige Ausstellungsbrache (die meisten Pavillons wurden abgerissen, die geplante Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen konnte nicht verwirklicht werden), eine völlig überdimensionierte Infrastruktur und mehr Erwerbslose als vor der EXPO. Dafür haben sich die Mieten und die Lebenshaltungskosten auf einem für ImmobilienhändlerInnen und Geschäftsleute erfreulich hohen Niveau "stabilisieren" lassen können. Nach unseren Informationen hat die Weltausstellungsgesellschaft in Sevilla mit einem Defizit von ca. 1 Milliarde DM abgeschlossen.

Propagandashow des Kapitals

Verantwortlich für die Planung und Durchführung der Weltausstellung ist seit September 94 die "EXPO 2000 Hannover GmbH", der von der Bundesregierung die Rolle der Veranstalterin übertragen wurde. (Daneben gibt es noch das sog. "Generalkommissariat EXPO 2000" unter der Leitung Birgit Breuels, die die BRD als "EXPO-Botschafterin" gegenüber dem Ausland vertreten soll. Das sitzt übrigens in Berlin in der Wallstraße 15/15a). Der Aufsichtsrat der EXPO-GmbH wird von der Privatwirtschaft dominiert: 5 der 10 Mitglieder sind Vertreter von Großkonzernen (u.a. Werner von Mercedes-Benz als Aufsichtsratsvorsitzender, Lopez von VW, Frenzel von der Preussag, von Koerber von ABB). Seither bestimmt die GmbH das Geschehen in Hannover, die Stadt hat praktisch kein Mitspracherecht (nur einen Aufsichtsratsposten von zehn).

Inzwischen wird bei der EXPO-GmbH offen diskutiert, die Gestaltung des Themenparkes vollkommen den Unternehmen zu überlassen. Damit ist klar, wie die inhaltliche Gestaltung der EXPO aussehen soll. Am deutlichsten beschreibt dies die "EXPO-Beteiligungsgesellschaft der deutschen Wirtschaft" (mit 20% an der EXPO-GmbH beteiligt): Die Wirtschaft müsse auf der EXPO "*Problembewußtsein*, z.B. in Umweltfragen, zeigen", dann jedoch "*Lösungskompetenz* der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß [...] nur mit *Technik* die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind , um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit [...] die *Zukunftsfähigkeit* des Wirtschaftsstandortes Deutschland [...] zu demonstrieren."



Es zeigt sich also deutlich, daß die EXPO eine großangelegte Propagandashow des - vornehmlich deutschen - Kapitals sein soll, um den Menschen ihre "Zukunftsängste" und "Technikangst" mittels ausgetüftelter Hypercybervirtualreality-Methoden aus den Gehirnen zu waschen (phosphatfrei, versteht sich). Daher darf sich Widerstand gegen die EXPO 2000 nicht nur auf Hannover beschränken, wie dies bislang der Fall war. Dieser Versuch der Herrschenden, mithilfe neuer Technologien ihre Herrschaft und ihre Profite auch in Zukunft zu sichern und uns das als Wege für einen "menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung" verkaufen zu wollen, betrifft alle.

Das Anti - Atom - Plenum gibt bekannt

Veranstaltungen



Liebe Leute, hiermit versuchen wir, Euch die vielen Termine zu "10 Jahre Tschernobyl" und "Tag X²" nahezulegen. Momentan sind wir noch in der Sammelphase und bitten alle Gruppen, ihre Planung an das Anti-Atom-Büro zu schicken. Leider sind (noch) nicht alle Angaben komplett, achtet deshalb bitte auf weitere Ankündigungen oder ruft an

Sa., 30.3. ab 20.00 Uhr X²-Solikonzert + Film im Drugstore Potsdamer Str. 180
Herausgabe des Terminplans zur Tschernobyl-Aktion-Woche
BANDS: FLUCHTWEG & GANZ KLAR (Gorleben)

Sa., 6.4. Frühjahrsputz Dannenberg ESSO-Tankstelle
Breites Aktionspektrum für beliebig viele MitspielerInnen von 1-99 !

Sa., 7.4. um 5 vor 12 Bunte Fahrrad-Ostermischung am Roten Rathaus
Tunnelbündnis, Baumpaten, S-Bahnfahrt zu den Potsdamer Verkehrbetrieben, danach Kaffee & Kuchen am Hahn-Meitner-Institut

So., 14.4. "Ausrangiert" am Verladekrahn in Dannenberg
Busfahrt geplant

11.-26.4. Fahrradtour von Tschernobyl nach Berlin
Abschlußaktion am 26.4. in Berlin im Rahmen von "Aktion Sonnige Zeiten"
Kontakt: BUND Jugend c/o Alexander Schmidt, Katharinenstr. 62, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0177/5666512

14.-18.4. Konferenz "10 Jahre Tschernobyl" in Bernau
Veranstalter: Brandenburgklinik Bernau

19.-21.4 Internationaler Kongreß:
"10 Jahre nach Tschernobyl - Eine aktuelle Bilanz der Folgen"
in der Charité Berlin.
Kontakt: IPPNW, Kortestr. 10, 10967 Berlin, Tel: 030/693 02 44

Sa., 20.4. TAG B -Brückenschlag Lüchow-Dannenberg
Besichtigung der maroden Brücken auf den Transportwegen. Info: 05841/4684

22.-26.4. "Die Atomkatastrophe von Tschernobyl - 10 Jahre danach"
in Wuensdorf Seminar für Zivildienstleistende Infos & Kontakt: Amt für Jugendarbeit Stadtjugendpfarramt, Neue Grünstr. 19-22, 10179 Berlin,
Tel.:030/308 697-82 Fax: 030/279 56 49

Fr., 26.4. 15.00 Solar-Walk am Kottbusser Tor: Aktion Sonnige Zeiten
BUND Jugend Berlin Tel: 030/392 82 80

Fr., 26.4. 12.00-21.00 "10 Jahre Tschernobyl"
Großes Spektakel am Hahn-Meitner-Institut
mit Theater, Musik, Ständen, jeder Menge Infos und vielen Dingen, die unser Leben schöner machen
InteressentInnen bitte anrufen: Tel.: 030/261 62 52 Fax: 030/261 98 12

Sa., 27.04. 11 Uhr Bundesweite Demo "10 Jahre Tschernobyl" in Magdeburg
Abfahrt für BerlinerInnen um 8.42 ab BHf. ZOO mit dem "Schönes Wochenend Ticket" nach Magdeburg Hbf
Informationen: Anti Atom Büro
(wir bemühen uns um einen behindertengerechten Transport, bitte vorher melden!)

Sa., 4.5. Tag "-X²"

6.-10.5 Tag "X²" - Möglicher Termin für nächsten Castor-Transport nach Gorleben
Vorbereitung: Jeden Dienstag ab 20.00 Uhr im Anti-Atom-Plenum
Nur für Frauen:
EWK - Frauenzentrum Infoladen Omega
Spannstr. 21 Wedding (nachfragen)

27.6.-11.8. Die Castornix-Karawane '96
Mit dem Fahrrad von Gorleben über Grohnde, Ruhrgebiet, Ahaus, Gronau, Lingen, Esenshamm, Stade, Krummel nach Dannenberg

1.-5.5. Vorbereitungstreffen zur Karawane
Fahrradanhängerbau Rondeel, 29439 Lüchow, Tel.: 05846/766

24.-27.5. Letzter Schliff am Zwischenlager Gorleben

Anti-Atom-Plenum
Kurfürstenstraße 14

10785 Berlin

Tel.: 030/2616252
Fax: 030/2619812

Bürozeiten:
Mo. & Di. 10-13 Uhr
Do. 12-15 Uhr
Fr. 11-15 Uhr

Willkomm
bei den Freien
Rebellen im Wendland



Tiefbau: Sämtliche Zufahrtsstraßen werden unterhöhlt. Mit dem Aushub und gefällten Bäumen werden Barrikaden errichtet. Alle Baustellen werden gründlich abgesichert.

MIT PHANTASIE UND ENTSCHLOSSENHEIT GEGEN · ATOMTRANSPORTE

Impressum

Herausgeber: Republik Freies Wendland
V.i.S.d.P.: Peter Vogel, Salzwedel
Druck: Eigendruck
Satz: Eigensatz
Auflage: 10 000

Preis: 5,- DM

28.3.	12.00: Verhandlung gegen Eric B. vor dem Amtsgericht Dannenberg. Vorwurf: Sachbeschädigung beim Malefiz am Endlager-Bergwerk
29.3.	19.30: E.V. der BI in Dannenberg, Gasthaus Schulz
1.4.	9.30: Verhandlung gegen Christian S. vor dem Amtsgericht Dannenberg. Vorwurf: Widerstand und Körperverletzung bei "Ausrangiert!"
12.–14.4.	Vorbereitungstreffen zur Castornix-Karawane '96 in Lüneburg
14.4.	Aktion "Ausrangiert!": Öffentliche Schienendemontage am Castor-Kran in Dannenberg
19.–21.4.	Internationaler Kongreß: "10 Jahre nach Tschernobyl – Eine aktuelle Bilanz der Folgen" in der Charité Berlin. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244
26.–28.4.	Internationale Konferenz: "Tschernobyl – Der Anfang vom Ende der Atomindustrie" in Bonn. Kontakt: NaWi, Ruhrallee 39, 44139 Dortmund, Tel.: 0231/103825
26.–28.4.	Widerstandscamp vor der Castor-Halle Ahaus
27.4.	Demonstrationen zum 10. Tschernobyl-Jahrestag in Freiburg, München-Garching, Biblis, Magdeburg, Krümmel und Ahaus
28.4.	Aktion "Ausrangiert" in Gundremmingen
30.4.	9.30: Verhandlung vor dem OVG Lüneburg (Uelzener Str. 40) wegen der Demonstrationsverbote im Wendland
1.–5.5.	Vorbereitungstreffen zur Castornix-Karawane
6.–10.5.	Möglicher Termin für nächsten Castor-Transport nach Gorleben
21.–23.5.	Gegenkongreß zur Jahrestagung Kerntechnik in Mannheim
24.–27.5.	Vorbereitungstreffen zur Castornix-Karawane '96 vor dem Zwischenlager Gorleben
26.5.	"Kulturelle Lachparade" zugunsten des Ermittlungsausschusses, Waddeweitz, "Rebstock"
27.6.–11.8.	Castornix-Karawane '96 von Gorleben über Grohnde, Ruhrgebiet, Ahaus, Gronau, Lingen, Esenshamm, Stade, Krümmel nach Dannenberg

Inhalt

Zum anstehenden CASTOR-Transport nach Gorleben

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu hören ist, stehen in den nächsten Wochen CASTOR-Transporte nach Gorleben an. Aus dem AKW Grundremmingen und der WAA La Hague sollen die Transporte rollen.

Im vergangenen Jahr wurde der erste CASTOR-Transport gegen den erbitterten Widerstand einer ganzen Region mit dem bis dahin größten Polizeieinsatz in der Geschichte Deutschlands durchgesetzt.

Seitdem sind nicht etwa die Diskussionen um einen Ausstieg aus der Atomwirtschaft vorangekommen. Im Gegenteil, die sogenannten Konsensgespräche sind nicht wieder aufgenommen worden, die Atomlobby bastelt an einer neuen Reaktor-Generation, macht sich Hoffnungen auf das große Geschäft in Osteuropa und Asien und hat das atomare "Zwischenlager" Greifswald, ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren, in Betrieb genommen um nur einige "highlights" zu nennen.

Trotz der massiven Öffentlichkeitskampagnen der Energieversorger (gerade wieder in allen großen Zeitungen angelaufen) ist in Deutschland die große Mehrheit nach wie vor für einen Ausstieg aus dieser menschenverachtenden Technologie. Deshalb geht es unserer Meinuntg nach nicht mehr um Aufklärungs- oder Überzeugungsarbeit, diesen Kampf haben wir schon lange gewonnen.

Es geht um nichts geringeres als die Machtfrage!!!

Ein entscheidender Faktor, wenn nicht das Rückgrat der Atomindustrie ist die Deutsche Bahn AG. Die Deutsche Bahn AG ist zu diesen Transporten nicht gezwungen, sie könnte diese ebensogut ablehnen wie Tiertransporte. Ihrer Informations- und Sorgfaltspflicht kommt die Bahn allerdings noch nicht einmal Ihren eigenen Mitarbeitern gegenüber nach.

In einem Gutachten der Eisenbahnergewerkschaft (GdED) heißt es auf Seite 16: "... daß die Bahnbeschäftigten einem höheren beruflichen (Strahlen-) Risiko ausgesetzt sind als die Beschäftigten in der Nuklearindustrie...". Es gibt keine unschädliche Niedrig-Strahlung, selbst bei der geringsten Strahlenbelastung beginnt bereits die Zerstörung von Zellen. Eine Abteilung Nukleartransporte bei der DB: 06131 155-640/-088/-613/-369 ist für die Aufklärung zuständig, aber dort erfährst Du nichts........

Nicht nur als Transporteur sitzt die Bahn im Aufsichtsrat des "Deutschen ATOMFORUM", sie ist z. B. selbst Mitbetreiber des AKW Neckarwestheim (17%). Es gibt also genug gute Gründe die Deutsche Bahn AG an Ihre Mitverantwortung für das Atomprogramm zu erinnern.

Aus diesem Grunde haben wir in den vergangenen Tagen (und Nächten) die Berliner Fernbahnhöfe sowie einige U- und S-Bahnhöfe mit Anti-Atom und Anti-CASTOR Parolen versehen.

Kein CASTOR ins Wendland oder sonstwohin!

Beteiligt Euch an den Aktionen im Wendland und entlang der Transportstrecken!

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

POLLUX UND DIE 7 ZWERGE

Weibliche Feuchtigkeiten und männliche Bestrafungsficker

Die sexistischen Fettnäpfchen in der Interim

Die politischen Diskussionen der Linken sind voller sexistischer Fettnäpfchen, drei davon allein in der vorletzten Interims-Ausgabe vom 14.3: Eines, das ich nicht erkennen kann, haben die Interim-Frauen entdeckt, auf eines hat ein Fettnäfpchen-Zensor einer früheren Ausgabe selbst hingewiesen, und von einem fühle ich mich bekleckert, das scheint aber sonst niemanden gestört zu haben.

1: Zu einer Einladung der „heißgeliebten Schwuchteln" für eine Männer-Sexualitäts diskussion von unten (S.4 und 5) bemerken die Interim-Frauen: „In unklaren Formulierungen über Machtverhältnisse in Beziehungen bleibt für uns der Verdacht, daß eine klare Positionierung gegen Mißbrauch nicht stattfinden wird." Was sind diese unklaren Formulierungen?

Die Schwuchteln schreiben: „Die Fraktion gegen Nebenwidersprüche blickt von der Höhe ihrer abstrakten Unterdrückungskategorien auf die konkreten Beziehungen und beurteilen / verurteilen sie. (...) Wäre es nicht zu versuchen, von den Niederungen der konkreten Beziehungen ausgehend über die Männergewalt in ihnen zu reden und vielleicht sogar Ideen zu entwickeln, wie Beziehungen auch unter den strukturellen Hierarchien weniger unterdrückend / mißbrauchend lebbar sein könnten?" Was ist die Absicht dieser Ankündigung?

Ich verstehe die Passage so: Die „strukturellen Hierarchien" machen es für Männer im Prinzip unmöglich, nicht zum Täter zu werden. In dem Moment, wo sie (als Männer) begehren, machen sie sich schon verdächtig. Also haben sie die Alternative, ihr Begehren zu verraten (zu verstecken, zu unterdrücken, usw.), oder eben das Schwein zu sein. Mit der Alternative, entweder ein Schwein oder ein Niemand zu sein, ist es schwer, sich abzufinden. Deshalb wollen die Männer von einer kritischen Analyse ihrer Wünsche und nicht von den Normen, die sie einzuhalten haben, ausgehen, um die schmalen Spielräume für nicht-unterdrückerisches Verhalten herauszufinden. Das können die Interim-Frauen nicht akzeptieren. Sie fordern **schon vorher** eine „klare Positionierung", d.h. die eindeutige Unterwerfung unter ein universelles Schuld-Eingeständnis. Was ist damit gewonnen?

2. Der allgemein verehrte Subkommandate Marcos kennt die Lage der Fettnäpfchen bei uns nicht so, deshalb hat er leichtfertig einen Brief an die europäischen SympathisantInnen mit dem Hinweis beendet, nach Europa rudern möchte er nicht so gerne, weil er doch schwindlig wird „bei jeder Feuchtigkeit, die nicht weiblich ist..." . (S. 22) Was macht mensch mit so einer Äußerung? Ignorieren? Kommentieren? Zensieren?

Die Beteiligten waren sich jedenfalls einig, daß sich hier ein Fettnäpfchen auftut. Ob sie selbst die Äußerung für sexistisch gehalten haben oder nur Angst hatten, daß durch Überreaktionen und Mißverständnisse erst ein „Fall" daraus wird, der der Zapatista-Solidarität jedenfalls schadet, das wird nicht richtig deutlich. Die beteiligten Frauen wollten sich erst mal eine Meinung bilden, inzwischen gibt es anscheinend einen Briefwechsel dazu. Der verunsicherte Mann, der den Text an die Interim weitergegeben hat, wollte nichts falsch machen und hat zur Sicherheit erst die Textstelle wegzensiert und sie dann als „sexistisch" kommentiert. Alle in den „Fall" Verwickelten scheinen zu befürchten, daß **andere** darin einen Skandal sehen. Aber was sagt Marcos denn eigentlich?

Der Subkommandante behauptet, daß ihm angesichts der weiblichen Feuchtigkeit nicht schwindlig wird; und dann sind da noch die verräterischen drei Punkte dahinter! Dann kann er ja wohl nur die Feuchtigkeit gemeint haben, die der weibliche Körper im Zustand der sexuellen Erregung produziert! (Was ist übrigen sexistischer/skandalöser - diese Aussage anzudeuten oder offen auszusprechen?) Davon wird ihm also nicht schwindelig. Aha. Will er sich damit als Liebhaber empfehlen? Ein augenzwinkernder Stammtischwitz von Macker zu Macker? Oder versucht er damit anzudeuten, daß er auf der Höhe der feministischen Disskussion ist und daß er seinen Theweleit (Männerphantasien,

„weibliches Fluten") gelesen hat? Mir ist es, ehrlich gesagt, gleichgültig, ob ihm von weiblichen Feuchtigkeiten schwindelig wird oder nicht. Allerdings hätte mich interessiert, was in den Augen der ZensorInnen das Sexistische (also das die geschlechtliche Differenz in ein Gewaltverhältnis Verwandelnde) daran ist. S. sagt dazu leider nichts. Viktorianisches Schweigen breitet sich über die schmutzige Assoziation, die offenbar den Skandal ausmacht.

3. Schmutzige Wörter sind, wenn sie in fremder Sprache dastehen, anscheinend schon nicht mehr so schlimm. „To fuck" heißt im deutschen „ficken", das ist wohl allgemein bekannt; der Volksmund kennt noch viele andere Bezeichnungen dafür, z.B. „bumsen". Damit ist die männliche (im traditionell-patriarchalischen Sinn, nicht im biologischen!) Aktivität bei der geschlechtlichen Vereinigung gemeint, im allgemeinen der Koitus, also das Penetrieren. Das Kennzeichnende für den Gebrauch des Wortes (und für den Gebrauch der Sexualität) in patriarchalen Gesellschaften ist, daß es gleichzeitig die Bedeutung von „niedermachen" hat. Das Ficken als Akt der gewaltsamen Unterwerfung richtet sich täglich als offene Vergewaltigung oder weniger offenkundig als verächtliche sexuelle Praxis gegen Frauen, aber es richtet sich auch gegen Männer oder gegen männliche und weibliche Kinder. Und es richtet sich als Drohung gegen Personen, Symbole und Institutionen. Jedoch dort, wo die Bedrohung mit dem physischen Schwanz zu einem Aufschrei führt, darf der Schwanz im Kopf ohne Einspruch wüten. „Fuck the army, fuck the police" ist in den deutschen Sprachschatz der Linksradikalen übernommen. „Fuck you" sagt sich schnell daher, „fuck me!" sagt man dagegen nicht.

Der „Junge-Welt"-Kommentar von Jürgen Elsässer unter der Überschrift „Fuck the IRA" springt mit den nordirischen Kämpfen so geschichtslos und ignorant um, daß sich eine gegen ihn gerichtete Initiative den Namen „Fuck Jürgen Elsässer" gibt (S.29). Auf den inhaltlichen Konflikt will ich nicht eingehen, hier interessiert mich nur, daß das Ficken als eine Bestrafung mit dem Schwanz gemeint ist und als gerechtfertigtes Mittel gegen den Feind angesehen wird. Ähnliche Äußerungen gab es zur Zeit der Thatcher-Regierung in England. Weil Frau Thatcher zur anderen Seite gehörte, meinten linke Männer, ihre Vergewaltigungsphantasien an ihr austoben zu dürfen. Das ist die gleiche Logik, nach der serbische Söldner bosnisch-muslimische Frauen, also die feindlichen Frauen, vergewaltigen, und wonach Männer auf der ganzen Welt sich das Recht nehmen, „böse" Frauen bestrafen zu dürfen.

Ich will mich als Frau nicht über das Patriarchat beklagen, das wäre lächerlich. Es ist und bleibt ein Gewaltverhältnis, mit dessen Feindseligkeit ich jederzeit rechnen muß. Ich will auch nicht versuchen, Männern klarzumachen, daß sie sich selber schaden, wenn sie ihren Schwanz als Waffe betrachten. Sie werden's höchsten mit dem Kopf begreifen, aber nicht mit dem Schwanz. Mich würde nur interessieren, wie jemand, egal ob Frau oder Mann, mit so einem Bestrafungs-Ficker noch eine vertrauensvolle Sexualität teilen kann.

I.

Attacke gegen Connewitzer Genossenschaft

Razzia in der Leipziger Stöckartstraße – angeblich »nicht gegen die Szene gerichtet«

Als »gezielte politische Provokation« hat eine Bewohnerin der Leipziger Stöckartstraße am Dienstag gegenüber *jW* die Razzia vom vergangenen Donnerstag bezeichnet. Damit widersprach sie energisch der Version des Leipziger Oberstaatsanwaltes Gunter Spitz, der die »Durchsuchungsmaßnahmen zur Beibringung und Sicherung von Beweismitteln« als »nicht gegen die Szene in Connewitz gerichtet« schönredete.

350 Beamte der Leipziger Po-

bruar um 6.30 Uhr die Stöckartstraße hermetisch abgeriegelt und mehrere ursprünglich besetzte Häuser durchsucht. Nach Erklärung der Bewohner geschah dies ohne Rechtsbelehrung. Durchsuchungsbefehle seien auch nach mehrmaliger Aufforderung nicht gezeigt worden. Stattdessen versorgten die Beamten Be- und Anwohner mit einem Flugblatt und Journalisten mit einer Pressemitteilung, auf der das Vorgehen mit »Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körgesetz, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, Bedrohung, Nötigung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch« begründet wurde. Diese Anschuldigungen stützen sich vor allem auf Vorfälle des vergangenen Jahres, deren Urheber die Polizei im alternativen Spektrum vermutet. So seien beispielsweise am 7. Januar 1996 zur Nachtzeit »im Kreuzungsbereich Biedermannstr./Stockartstr. ein ›Lagerfeuer‹ größeren Ausmaßes entzündet« und die Löscharbeiten »durch Steinewerfer vom Dach massiv behindert« worden. Im August 1995 seien Passanten »durch unbekannte Täter aus dem Wohnhaus Stockartstr. 4 mit Luftdruckwaffen beschossen« worden.

queering- -Praxis der Dekonstruktion ??

Dieser Artikel soll ein Beitrag sein zu der seit September letzten Jahres (seit dem Thürmer-Rohr-Artikel) in der Interim (#343,365,361) geführten Diskussion um Geschlechter und deren Dekonstruktion. Ausgehend von der Annahme, daß eben nicht nur gender, sondern auch sex konstruierte "Identitätsgefängnisse" sind, rückt eine Praxis des Dekonstruierens in den Mittelpunkt des Interesses. Angesichts des autonomen Bedürfnisses nach handfester, handlungsweisender Praxis, angesichts der Skepsis gegenüber einer Praxis, die Theorie ist, erscheint QUEERING als das Handlungsmuster, das die Theorie zur Praxis werden läßt. Im folgenden dazu ein paar kritische Anmerkungen.

1. Priscilla, die Ruferin in der Wüste

Selbstverständlich ist es richtig, die Verhältnisse mit allen Mitteln zum Tanzen zu bewegen. Queering stellt die "traditionellen"[1] Rollenbilder und -zuschreibungen der Konzepte Frau und Mann in Frage. Da sich das Patriarchat und (Teile des) Kapitalismus im wesentlichen (noch!) auf eben solche traditionellen Rollenverhältnisse stützen, ist es wichtig und richtig, diese zum sprechen zu bringen, aus der stummen Selbstverständlichkeit herauszureißen. Queering kann eine Strategie der Diskursivierung des Geschlechterverhältnisses sein. Worüber wir reden können, das können wir verändern. Insoweit queering die "Verwirrung der Geschlechter" forciert, eine Gegenbewegung gegen starre Identitätskonzepte sein will, kann es auch Teil sein einer emanzipatorischen Bewegung. Wahrheiten zum wanken zu bringen, Sicherheiten zu unterhöhlen, Asphalt aufzureißen ist eine der lustvollsten und ernsthaftesten Aufgaben der Linken zugleich.

2. des Kaisers neue Kleider

Jedoch: die Bewegung der Verhältnisse ist noch nicht ihre Überwindung. Selbst wenn es uns gelänge, die traditionellen Rollenbilder gänzlich zum verschwinden zu bringen, wäre es verfrüht, in Siegestaumel zu verfallen.

Die AutorInnen in der Interim # 365 bemerken richtig eine Gefahr des queerings: im ungünstigsten Falle resultiert aus dem Versuch der Dekonstruktion die Konstruktion einer neuen Identität - eben der queeren.

Desweiteren scheint es mir angebracht, genau zu überprüfen, inwieweit wir mit Gegenkonzepten die Verhältnisse tatsächlich in Frage stellen und inwieweit wir zu ihrer Modernisierung beitragen[2]. Es wird darum gehen zu verstehen, wie das "Patriarchat ohne Geschlechter" aussehen wird. Die These wäre, daß die sexistischen Strukturen eine Modernisierung überstehen werden, daß die Geschlechter konvergieren (=sich annähern) unter dem Primat des männlichen.

Die AutorInnen in der I #365 werfen dem queer-Konzept zusätzlich vor, die eigenen Bedingungen und die (Welt-)gesellschaftliche Perspektive aus dem Blick zu verlieren. Sie selbst verstehen die Weltwarengesellschaft als grundsätzlich patriarchal auf dem Boden der sexistischen Geschlechterordnung der kapitalistischen Moderne. Meiner Ansicht nach greift das zu kurz. Die Polarisierung und Hierarchisierung der Geschlechter entstand im Zusammenhang mit der Herausbildung kapitalistischer Produktionsweise, mit der (auch räumlichen) Teilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit und der geschlechtsspezifischen Zuweisung zu diesen Tätigkeitsbereichen. Genau diese Verhältnisse jedoch befinden sich in einem Veränderungsprozess: Der Bereich der Produktion wird in den Metropolen tendenziell aufgelöst - maschinisiert oder in sog. Billiglohnländer exportiert. der Reproduktionssektor hingegen wird professionalisiert und der Dienstleistungssektor boomt[3]. Mit diesen Veränderungen wird auch die starre Geschlechterordnung im Prinzip unnötig und tendenziell vakant. Mit der Entwicklung der Gen- und Reproduktionstechnologie werden Frauen tendenziell nicht einmal mehr ihrer Gebärfunktion wegen benötigt - damit entfällt dann auch ein Kernstück der (männlichen) Definition von Weiblichkeit. Die vom Markt strukturierte Gesellschaft benötigt andere Subjekte als die Klassengesellschaft. Subjekte, deren Identitäten quer liegen zu den modernen Geschlechterkonstruktionen; eine Identität, die sich eben nicht entwirft aus der naturalisierten Position innerhalb der bürgerlichen Kleinfamilie, sondern sich flexibel gestaltet aus Elementen beider Geschlechter - wobei die Grundlage das männliche bleiben dürfte.

3. Postmoderne, Ernst, Spaß

Es scheint mir eine kurze Anmerkung zum Beliebigkeitsvorwurf an die Postmoderne angebracht. Oft erwecken postmoderne Verlautbarungen das Bild der bunten, unbeschwerten Lebensentwürfe (anything goes). Begreifen wir jedoch den Nationalsozialismus als Prototyp moderner Gesellschaftsentwürfe und den Holocaust als Kulminations- und Umschlagspunkt der Moderne, dann wird deutlich, daß es um mehr geht als um hedonistischen Individualismus. Die Rehabilitierung der Ambivalenz als wichtigste Anstrengung der Postmoderne ist eben außer spaßbringender Experimente auch ein antifaschistischer Akt.

4. Grabenkämpfe um Ruinen

Noch eine Klarstellung ist angebracht. Die Beschreibung von Tendenzen der Auflösung der Geschlechter ist nicht zu mißverstehen als die Negation real existierender Gewaltverhältnisse. Der klassische Sexismus ist mitnichten verschwunden. Gewalt von Männern gegen Frauen hat nicht abgenommen oder wäre weniger ernstzunehmen. Antisexistische Arbeit sollte nach wie vor ein Schwerpunkt linker Aktivitäten sein. Den sog. backlash, den Aufwind neurechter/biologistischer/(sozial-)rassistischer Ideologie und Praxis als letztes Aufbäumen sterbender Kräfte / Ideologien zu verstehen hieße, sie zu unterschätzen. Ebenso ist die gegenwärtige Repressionswelle nicht einfach zu ignorieren, weil zukünftige Unterdrückung nicht mehr vornehmlich durch Repression von außen, sondern durch subjekt*bildende* ("biopolitische") Maßnahmen funktionieren wird.

Wir haben der HERRschaft wenig entgegenzusetzen, und der Macht fast nichts. Für beides werden wir Strategien zu entwickeln haben. Unser Kampf muß vielschichtig und mehrdimensional werden - auf daß wir die Wirklichkeit einholen.

---

[1] Wobei die Tradition weniger weit zurückreicht als gemeinhin angenommen.

[2] Ein Beleg dafür, daß wir möglicherweise auch hier dem hype hinterherhecheln, während wir uns als Avantgarde fühlen. Der Spiegel titelt mit der "Verwirrung der Geschlechter " (und negiert damit das in der -ansonsten eher fortschrittlichen- Sexualwissenschafts-Szene herrschende Monosexualitätsparadigma (=es gebe keine Bisexualität)); "von links" kontert die jw mit einem satirischen Rekurs auf das (ansonsten von ihr gerne ignorierten/heruntergespielten) traditionell-sexistische Geschlechterverhältnis

[3] Und zwar nicht nur im Sinne von Expansion, sondern auch durch Subsumtion. Der gesamte soziale/karitative Tätigkeitsbereich soll unter die Kategorie "soziale Dienstleistung" gebracht werden zwecks Kompatibilität mit dem Markt.

FREIe HEIDe Berlin / Potsdam :
Kontakt: A-Laden, Rathenowerstr.22, 10 559 Berlin, T/Fax: 394 6167;
Ulrich Carmesin T: 030 / 455 5526



Wir gehen in die Luft

Ostermarsch'96 für die FREIe HEIDe

Seit über 5 Jahren wehrt sich die Bevölkerung des Landkreises Ostprignitz - Ruppin, gegen die Absicht der Bundeswehr, den 142 qkm großen, von Stalin besetzten Bombenabwurfplatz zu übernehmen; bisher erfolgreich. Das Bombodrom wäre das größte zusammenhängende Übungsgelände der Bundeswehr und damit - neben dem geplanten NATO-Schießplatz bei Collbitz - ein Meilenstein auf dem Weg zur internationalen Militärmacht: die Out-of-Area-Einsätze würden in der märkischen Heide vorbereitet. Dagegen richtet sich der diesjährige Ostermarsch.

Bei Fretzdorf (Autobahn B-HH, Abfahrt Herzsprung) fanden direkt am Bombodrom die größten Ostermärsche der letzten Jahre statt. 1994 besuchten Wittstock" rund 5000 Männer, Frauen und Kinder das Konzert ,,Woodstock für. 1995 kamen rund 3000 um ,,Kinderspiele statt Bombenziele" zu erleben und zu fordern. Die meisten waren aus der Region Wittstock-Neuruppin-Rheinsberg.
In diesem Jahr wird Dorothee Sölle sprechen. Die BI FREIe HEIDe und die Berliner Gruppe für eine FREIe HEIDe organisieren eine Tombola. Die Hauptgewinne werden sein, Heißluftballonfagrten über das Bombodrom und Urlaubswochenenden in der Rheinsberger Seenplatte. Wie üblich wird es auch viele Angebote für Kinder, ein Kulturprogramm und inhaltliche Beiträge geben.

Im November 1995 fand der erste Prozeß vor dem Verwaltungsgericht statt. Es wurde deutlich, daß aufgrund der Eigentumsrechte der Gemeinden, des Landkreises und vieler Privatpersonen die Bundeswehr in ein langwiriges juristisches Verfahren zu zwingen; damit ist der Bundeswehr zunächst ein großer Stein in den Weg gelegt. Es besteht sogar die Möglichkeit, die Nutzungsrechte für das Gelände einzuklagen und auf dem Platz Fakten für eine friedliche Nutzung zu schaffen - wie zum Beispiel ein Windpark.
In der ersten Instanz entstehen Kosten in Höhe von 80 000,-DM. Die Tombola soll in größerem Umfang Spenden für den Prozeß sammeln.

Erfreulicherweise interessieren sich Auswärtige stärker für die FREIe HEIDe. Die Friedens-Kooperative Berlin schließt sich dieses Jahr dem Ostermarsch in Fretzdorf an und fährt mit eigenen Bussen dorthin (Abfahrt am 7.4. 12.00 Uhr ab Alexanderplatz, Voranmeldung Tel. 497 5263).
Desweiteren ruft die Föderation Gewaltfreie Aktion zu Aktionstagen vom 29.7.-5.8. auf und das Komitee für Grundrechte und Demokratie zum Kongreß ,,Auslandseinsätze und Bombodrom Wittstock'' vom 3.-6.10. ein. Alles findet in alter Tradition in Zusammenarbeit mit der lokalen BI statt.

Die Bundeswehr schaut dem ganzen nicht ganz tatenlos zu. Im Herbst wurde in Wittstock ein Verein ,, Pro Bundeswehr'' gegründet. Mitgleider des Vereins sind Nachtclubeigentümer, Ärzte für Geschlechtskrankheiten, Glaser u.a. . Seitdem veröffentlicht eine der regionalen Zeitungen, die Märkische Allgemeine Zeitung fast ausschließlich die Beiträge dieses Vereins. Sie machen die typische Politik mit Halbwahrheiten und versuchen Stimmung zu machen und Auswärtige in der Region zu diffamieren und zu kriminalisieren. So forderten sie den Landrat in einem öffentlichen Brief auf, ,,sich von der Gruppe 'FREIe HEIDe Berlin/Potsdam' c/o Anarchistischer Laden zu distanzieren''. Zum Ostermarsch wurde das Gerücht in die Region gestreut, daß ,,Chaoten aus Hamburg'' mobilisieren würden.

Für Interessierte bietet die Berliner Gruppe eine Dia-Serie und eine Broschüre an.

Ulrich Carmesin (FREIe HEIDe Berlin/Postdam)

- FelS zu Antifaschistischen Aktion-BO und zu den Organisationsansätzen -

Nach fast zweieinhalb Jahren Mitarbeit haben wir beschlossen, uns von der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation zu trennen. Die Entscheidung war nicht leicht gemacht, ihr sind lange Diskussionen und zahlreiche Versuche, an der AA/BO etwas zu verändern, vorhergegangen. Ein besonders wichtiges Argument gegen die Trennung von der Antifa-Organisation war die Tatsache, daß die Geschichte von felS eng mit der Organisationsdiskussion in der undogmatischen, radikalen Linken der BRD seit 1990 verbunden war. Zunächst hatten wir 1992-94 versucht, uns themenübergreifend, also unabhängig von Antifa, mit anderen linksradikalen Gruppen im Bundesgebiet zu organisieren. Als dieser Versuch im Frühjahr 1994 scheiterte (siehe Arranca Nr.4), konzentrierten wir uns ausschließlich auf die Mitarbeit in der AA/BO, dem -wie wir damals behaupteten- „relevantesten Organisationsansatz in der radikalen Linken". Wenn wir jetzt zu einer sehr viel kritischeren Einschätzung der AA/BO kommen, dann hat das mit einer langwierigen Entwicklung zu tun. Unsere Schwierigkeiten mit der BO sind nur zu verstehen, wenn man sich die Grundlagen des Projektes felS in Erinnerung ruft. Dieser Artikel ist also mehr als eine Auseinandersetzung mit der AA/BO, er ist vor allem eine kritische Aufarbeitung von 4 Jahren Organisationsansatz.

Von der Kritik der Autonomen zur Organisationsdebatte

Schon lange vor der Gründung unserer Gruppe trugen einige eine mehr oder minder klare Kritik an der autonomen Bewegung mit sich herum. Im Verlauf des Jahres 1991 zeigte sich die desolate Situation der BRD-Linken immer deutlicher. Der allmähliche Zusammenbruch des realen Sozialismus hatte zur Annektion der DDR geführt, der politische mainstream ging weltweit spürbar nach rechts, die außerparlamentarischen Bewegungen präsentierten sich so schwach wie seit Anfang der 60er Jahre nicht mehr, das kulturelle Milieu, in dem die radikale und autonome Linke aktiv gewesen war, zerfiel.

Vor diesem Hintergrund erschien uns das Festklammern an den immer gleichen Ritualen und Politikformen zunehmend absurder. Im Sommer und Herbst 1991 diskutierten deswegen einige von uns eine zusammenfassende Kritik an den Autonomen. Diese Papiere wurden vor allem von einer Person erarbeitet, die sich in der Debatte das Synonym Heinz Schenk gab und heute weder mit FelS noch mit außerparlamentarischer Politik allgemein etwas zu tun hat. Aber diese Entwicklung macht die Kritik von damals nicht hinfällig.

Weil FelS zunehmend mit einem einzigen Anliegen -der Organisationsfrage- in Verbindung gesetzt wurde, wollen wir an dieser Stelle noch einmal die wichtigsten Punkte unserer damaligen Diskussion zusammenfassen. Für uns war und ist die Organisationsdiskussion nämlich nur die notwendige Grundlage, um inhaltliche Positionen neu zu bestimmen. Unsere inhaltliche Kritik bezog sich auf folgende Punkte:

- zunächst (siehe der Text „Wir sind doch kein Kampagnenheinz") das Fehlen politischer Kontinuität: in der autonomen Bewegung gab es kaum kontinuierlich arbeitende Gruppen, die Mitglieder der Szene sammelten sich je nach Kampagne neu und mußten so jedesmal von vorne diskutieren. Eine längerfristige Strategie wurde fast nie entwickelt. Eine Ausnahme bildeten gelegentlich WGs oder Arbeitskollektive, die jedoch einen abgeschlossen Charakter besaßen.
- Bewegungsfixierung und Beschränkung auf Themenbereiche: die autonome Linke zeigte sich immer nur als radikaler Teil der Bewegungen (AKW, Anti-Nato, Antifa). Die Aufgabe der Linken, nämlich Bewegungen inhaltlich zu verbreitern und organisatorisch zu verlängern, wurde viel zu wenig erkannt. Natürlich gibt es positive Ausnahmen, aber diese veränderten am Problem nichts: Die autonome Linke kettete sich krampfhaft an Bewegungskonjunkturen: läuft viel, macht man viel, gibt es eine Krise, macht man wenig. Das halten wir für völligen Quatsch.
- Die Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft: linksradikales Bewußtsein war und ist vom Blick auf den eigenen Bauchnabel bestimmt, nach dem Motto: „Wir sind die Guten, da ist die Gesellschaft". Die Grenze wurde meistens subkulturell gezogen, die „Normalos" erkannte man schon am Äußeren. Die Absicht, „die" Gesellschaft anzusprechen oder sogar zu verändern, war nur selten zu bemerken, man gab sich mit Nischen zufrieden.
- Unverbindlichkeit, Vereinzelung und versteckte Hierarchien: in dem subkulturellen Milieu, das wir als „Szene" bezeichneten, waren die politischen Beziehungen locker und unverbindlich. Natürlich gab und gibt es auch hier Solidarität, aber die Strukturen der Szene an sich förderten dies nicht. Gleichzeitig gab es versteckte und daher kaum angreifbare Hierarchien.
- Geschichts- und Theorielosigkeit: weit verbreitet war die Ablehnung gegenüber theoretischen Diskussionen. Unangenehm verband sich dies mit einem Militanzfetisch. Die Abziehbildchen von „tobenden Riots" von Caracas bis Berlin-Kreuzberg ersetzten die Auseinandersetzung mit politischen Inhalten.

Unser Anliegen 1991 war es, Inhalte und Praxis neu zu bestimmen. Wir waren der Meinung, daß sich die radikale Linke (in diesem Fall nicht nur die Autonomen) überholt hatte, daß es notwendig sei, neue Grundlagen zu schaffen. Es ging uns z.B.:

- um eine bessere Vermittlung der eigenen Politik durch eine anders gestaltete Öffentlichkeitsarbeit; um die Ausweitung des politischen Horizonts; wir wollten internationale Verhältnisse, kulturelle Bewegungen, den Alltag in dieser Gesellschaft usw. stärker berücksichtigt wissen;
- um soziale Bindungen in der politischen Bewegung, die nicht nur auf Freundschaft aufbauen müssen, aber von Verbindlichkeit und Respekt bestimmt sind. Allgemeiner: um den Ausbruch aus der Phantasielosigkeit, wonach radikale Politik =Szene=Demonstration=punkige Musik ist. In dieser Hinsicht haben wir nicht alles verdammt, was es bis dahin gegeben hatte: die IWF-Kampagne zum Beispiel (die allerdings nicht allein von Autonomen gestaltet und durchgeführt wurde) hatte viele Momente, die nach vorne wiesen.

Wir waren und sind der Meinung, daß

es nicht Aufgabe der radikalen Linken sein kann, auf die nächste Bewegung zu warten, um dieser dann jahrelang hinterzuweinen. Die Linke muß Kontinuität herstellen und dafür muß sie sich organisieren. Nur auf diese Weise ist es möglich, Erfahrungen weiterzugeben, Strategien zu entwickeln, Debatten zu führen und Konsequenzen daraus für die Praxis zu ziehen.

Auf der anderen Seite ist die „Organisation um der Organisation willen" (also um z.B. einen starken Namen zu besitzen) für uns nie ein Ziel gewesen. Der Vorwurf, wir würden eine Partei gründen wollen, die wie eine starre Hülle über die Linke gestülpt werden sollte, war deswegen von Anfang unberechtigt. Uns ging es um eine inhaltliche Neubestimmung nach der Krise der außerparlamentarischen Bewegungen, des traditionellen Antiimperialismus und des sozialistischen Lagers. Bei unserer Organisationsdiskussion war uns immer klar, daß es eine Eigendynamik von Bürokratisierung, Formalisierung und Repression in Organisationen gibt. Wir haben deswegen lange über die Entstehung marxistisch-leninistischer Avantgardeparteien diskutiert, die Anfang der 70er vor allem aus der StudentInnen-Bewegung hervorgingen, und deren Entwicklung wir nicht wiederholen wollten.

Der Eintritt in die AA/BO und die weitere Entwicklung

Zur gleichen Zeit, als wir in Berlin eine Organisationsdebatte lostraten, gab es in der bundesweiten Antifa-Koordination eine Diskussion um klarere Strukturen, aus der schließlich 1991/92 die AA/BO hervorging. Obwohl dies eine klassische Teilbereichsorganisierung war, fanden wir den Ansatz sehr gut; einmal weil auf der Grundlage praktischer Zusammenarbeit ein breiterer Organisationsprozeß in Gang gebracht werden sollte, zum anderen weil der Ansatz zu einer Zeit entstand, als in der Linken überall davon geredet wurde, aufzugeben. Die AA/BO mag dabei ihre Rolle manchmal überschätzt haben, aber sie war mit Sicherheit ein positives Zeichen gegen den linken Zerfall.

Als Anfang 93 der Teil der Antifa-Gruppen, die stärker für eine Teilbereichsorganisierung und weniger für eine politische Organisation plädiert hatten, aus der AA/BO austraten, glaubten wir, daß eine inhaltliche Verbreiterung (über Antifa hinaus) möglich sei. Im Sommer 93 wurde dies von der AA/BO ausdrücklich so formuliert und deswegen sind wir der BO als Nicht-Antifa-Gruppe beigetreten. Schon nach drei Monaten unserer AA /BO-Mitarbeit kam es allerdings zum ersten Zusammenstoß mit den meisten anderen Gruppen. Es ging um den Eintritt der Gruppe RAI, deren Politik wir aus Berlin kannten und deren Positionen wir als stalinistisch bezeichnen. Die Gruppe orientiert sich an den historischen KPs, bezieht sich positiv auf die Politik der UdSSR unter Stalin und verteidigt das gesamte Programm der stalinistischen Industrialisierung (von den Massenumsiedlungen und der Zwangsarbeit bishin zu den Moskauer Prozessen und der Liquidierung der Opposition).

Nun kann man dies wie die meisten BO-Gruppen als historische Ereignisse abtun, die mit aktueller Politik nicht viel zu tun haben. Genau diese Haltung entspricht aber dem, was wir oben als Geschichts- und Theorielosigkeit der Autonomen beschrieben haben. Eine befreite Gesellschaft oder auch nur eine starke linke Bewegung kann es nur dann wieder geben, wenn aus der Geschichte Konsequenzen gezogen werden. Und das bedeutet für uns, daß revolutionäre Politik nicht mit brutalen Zwangsmaßnahmen gegen die Bevölkerung oder die linke Opposition einher gehen kann.

Die AA/BO-Gruppen wollten der Argumentation gegen die RAI nicht folgen. Das lag unserer Meinung nach an folgenden Gründen: durch einen teilweise unverwantwortlichen Umgang unsererseits mit einem Verratsvorwurf gegen ein Mitglied der RAI konnte die Diskussion innerhalb der BO nur mühsam sachlich geführt werden. Weiterhin war bei den meisten BO-Gruppen kein Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung vorhanden, hinzu kam, daß die RAI ihre Dokumente immer wieder nur als *„nicht von allen getragene AG-Papiere"* darstellten. Die BO-Gruppen vertraten daraufhin mehrheitlich, daß es keine inhaltliche Kriterien für die Mitarbeit in der BO gebe, aus diesem Grund müsse man die RAI aufnehmen. (Möglich gewesen wäre ja auch, eine Entscheidung über den Beitritt so lange aufzuschieben, bis inhaltliche Gemeinsamkeiten geklärt gewesen wären). Es war praktisch eine politische Bankrotterklärung: wir haben - außer der Gegnerschaft zu deutschem Staat und Nazis- keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Auf dieser Grundlage kann man sich auch mit türkischen Nationalisten oder der Spartakist-Arbeiterpartei organisieren.

Weil wir an einer inhaltlichen Diskussion und Klärung interessiert waren, versuchten wir, die uns wichtigen Themen in die AA/BO einzubringen, begannen mit Antifa-Arbeit und beteiligten uns an den gemeinsamen Aktivitäten.

Um der Forderung nach einer inhaltlichen Positionsbestimmung Rechnung zu tragen, wurde in der AA-BO schließlich eine „Programm-AG" eingerichtet. Gleichzeitig wurde argumentiert, durch Diskussionen im Rahmen von Kampagnen und Demonstrationen würden an konkreten Beispielen inhaltliche Positionen bestimmt. Unserer Meinung nach wurden dadurch jedoch nur fehlende inhaltliche Gemeinsamkeiten überbrückt und die Differenzen traten erneut ans Tageslicht.

Im November 1993 wurde eine Kampagne zum 9.November durchgeführt, die sich gleichzeitig auf die Revolution 1918, auf die Progrome 1938 und die sogenannte Wiedervereinigung 1989 bezog. Der AA/BO-Mehrheit ging es darum, die Geschichte des Widerstandes in Deutschland nachzuzeichnen. Es sprach für die inhaltliche Verfassung der BO, daß der Einwand von älteren AntifaschistInnen, durch die Neubesetzung des 9.Novembers werde eine „Geschichtsrevision von links" vollzogen, nicht einmal diskutiert wurde. Der Vorwurf dieser AntifaschistInnen lautete, daß durch den Hinweis auf die Revolution 1918 die Erinnerung an die faschistischen Massenprogrome am 9.November 1938 beiseite gewischt wurden. Die Linke würde damit dazu beitragen, die Shoa vergessen zu machen. Wir finden diese Kritik nicht unbedingt richtig; gerade um den Faschismus und großdeutsche Vorstellungen bekämpfen zu können, müssen wir an die Widerstandsgeschichte anknüpfen. Trotzdem wäre es nötig gewesen, auf diese Kritik ernsthaft einzugehen, schließlich gibt es eine lange Geschichte des linken Antisemitismus.

Am Ende machte jede Gruppe ihre „eigene" Kampagne: die Antifa (M) und die meisten anderen Gruppen arbeiteten zur Revolutionsgeschichte 1918-23. Wir bezogen uns auf die nationalistische Wende und die „Normalisierung der deutschen Geschichte", die 1989 eingeleitet wurde. Zu 1938 war von der AA/BO wenig zu hören

•Das nächste einschneidende Erlebnis war der Kaindl-Fall, der sich von November 1993 bis Ende 1994 hinzog. Wegen des Todes des Nazi-Funktionärs Kaindl wurden elf Leute wegen „gemeinschaftlichen Mordes" verfolgt, darunter eine Frau von uns. Obwohl die meisten einzelnen BO-Gruppen unsere Solidaritätskampagne in

ihren Städten unterstützten, und wir die Zusammenarbeit mit einigen sehr gut fanden, gelang es der AA/BO weder in diesem noch in anderen Fällen, ein gemeinsames, offensives Vorgehen gegen die Repression zu entwickeln.

Ausgesprochen unsolidarisch fanden wir das Verhalten der anderen Berliner BO-Gruppen im Kaindl-Fall. Verglichen mit den Aktivitäten anderer Gruppen tendierte ihre Mitarbeit in der Solidaritätskampagne gegen Null.

Dies war Ausdruck der politischen Differenzen: von den anderen Berliner Gruppen wurde unsere Position zur Prozeßstrategie, zu dem Verratsvorwurf gegen die Jugendlichen und unser Demonstrationskonzept für die bundesweite Demo im Mai 1994 abgelehnt. Zusammenfassend kann man sagen, daß wir erstens kollektiv abgesprochene Aussagen im Verfahren für vertretbar hielten (wenn dadurch die Abwesenden nicht belastet würden), daß wir zweitens die zwei inhaftierten Jugendlichen nicht als Verräter brandmarken wollten (weil von ihrem Verhalten im Prozeß vieles abhing und wir sie außerdem nichts als Hauptschuldige betrachteten) und daß wir drittens für eine Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der radikalen Linken und der Antifa-Gruppen plädierten. Von den Berliner BO-Gruppen hingegen bekamen wir - wenn überhaupt- nur zu hören, daß eine Kampagne für totale Aussageverweigerung gemacht, der Verrat der Jugendlichen angegriffen und die Öffentlichkeitsarbeit viel radikaler werden müsse.

Hinsichtlich der Demo im Mai 1994 wurden wir auch aus dem Bundesgebiet scharf kritisiert: Man warf uns Reformismus und übertriebene Zurückhaltung vor, weil wir uns gegen einen schwarzen Block und gegen die Deklarierung der Demo als AA/BO-Initiative ausgesprochen hatten. Damit wurden zwei grundsätzliche Widersprüche zur Politik der meisten BO-Gruppen offensichtlich: Die Frage, inwieweit man breit getragene Aktionen für sich in Beschlag nehmen darf und welchen realen Inhalt die zur Schau gestellte Kampfbereitschaft (als schwarzer Block) besitzt.

Diese Diskussion fand natürlich auch andersherum statt: Gegenüber den Göttinger Demo-Initiativen wurden wir im Verlauf des Jahres 1994 immer skeptischer, d.h. wir mobilisierten nur halbherzig. Wir bezeichneten das Konzept des „Schwarzen Blocks" in der augenblicklichen Situation für eine sinnentleerte Weiterführung des autonomen Militanzfetischs.

Natürlich gibt es auch positive Erfahrungen. Die von Antifa-Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet getragene, aber wesentlich von der AA/BO initiierte Kampagne im August 1994 gegen den Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel war ein echter Erfolg. Die Nazis wurden in ihren Heimatorten unter Druck gesetzt und die Pressearbeit in Bonn ermöglichte es, die Inhalte der Antifa zumindest teilweise breit zu vermitteln. Aber das ist eben nur ein Punkt in unserer AA/BO-Einschätzung. Weitere Ereignisse, die unsere kritische Meinung bekräftigten, waren die Aktionen zu den Wahlen im Oktober 1994 und dem 50.Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im April/Mai 1995. Beide Anlässe fanden wir wichtig, aber inhaltlich falsch gefüllt. Die Position zu den Wahlen im Herbst 1994 entsprach plattester Analyse: Das Parlament als Marionettenstadl des Kapitals. Die Demonstration in Bonn war dann nur noch ein Lacherfolg, der an finsterste K-Gruppen-Zeiten erinnerte. Knapp 200 Organisationsmitglieder defilierten in der Hauptstadt. Zu verantworten haben wir das gemeinsam, aber es zeigt, wie wenig sich die BO von der oben kritisierten Bauchnabelschau der autonomen Linken entfernt hat. Während es vorher die Subkultur war, bezog man sich nun auf die Organisation.

Auch der April/Mai 1995 präsentierte sich mit unglaublichen Peinlichkeiten. Auf großen roten Plakaten mit dem AA/BO-Emblem wurde in Berlin und Hamburg anläßlich des 50.Jahrestag der deutschen Niederlage der Befreierin -der Roten Armee- gedacht. Kein Wort über die Säuberungen, über den Hitler-Stalin-Pakt, über den Verrat von jüdischen PartisanInnen durch die Kominform, über den Ausverkauf der Guerilla-Armeen in Jugoslawien, Griechenland und Italien durch Moskau.

Unsere Bemühungen, klärende Auseinandersetzungen über solche Streitpunkte innerhalb der AA/BO herbeizuführen, scheiterten. Die seit 1993 dauernde Diskussion um eine inhaltliche Programmatik wurde immer wieder abgebrochen, weil dies *„die Organisation spalten könnte"*. Außerdem erschwerten der sehr unterschiedliche Wissensstand der einzelnen Gruppen -der uns jedoch nicht unüberwindbar schien- sowie entgegengesetzte Auffassungen über die Notwendigkeit theoretischer Auseinandersetzungen die Diskusionen.

Besonders deutlich hat sich dies bei unserem Interview mit den Berliner AA/BO-Gruppen im Herbst 1994 gezeigt. Unsere Absicht war es, mit dem Arranca-Gespräch die politischen Unterschiede zwischen den vier Berliner Gruppen diskutierbar zu machen. Nach langen Vorbereitungen und klaren Absprachen erklärte A&P während des Interviews, daß sie nichts sagen wollten, weil die Veröffentlichung den Konflikt weiter polarisieren würde. Wir fanden es hingegen sehr wichtig, wie in dem Interview die Unterschiede transparent wurden. Wir und andere Gruppen forcierten daraufhin erneut die inhaltliche Diskussion anhand einer Grundlagen- oder „Programm"-Diskussion in der BO. Von Anfang an war klar, daß dies möglicherweise zu einer Trennung der Gruppen führen könnte, was wir allerdings nicht als negativ empfanden: es muß zwar in Bündnissen und Organisationen die Bereitschaft da sein, trotz gewisser Differenzen eine gemeinsame Linie mitzutragen, aber genauso muß die Linke als Grundlage auch Kriterien für die Zusammenarbeit definieren. Schließlich wollten wir kein loses Antifa-Bündnis, in dem von den Jusos bishin zur KPD-ML und der autonomen Kiezgruppe alle mitmachen, sondern eine offene und breite Organisation, die sich über politische Gemeinsamkeiten definiert.

Um den für uns sehr wesentlichen Streitpunkt „Verhältnis zur realsozialistischen Geschichte" zu klären, organisierten wir im Sommer 1995 ein BO-Seminar zu dem Thema. Dies wurde von den meisten BO-Gruppen erneut ignoriert, uns wurde „Polarisierung" vorgeworfen. Bei dem Seminar taten sich zwischen uns und der RAI Abgründe auf. Die Gruppe verteidigte sogar noch die Moskauer Schauprozesse der 30er Jahre. Wir sind nicht bereit, solche Positionen mit Leuten zu diskutieren, mit denen wir organisiert sind. Darüber hinaus hat das Nicht-Verhalten der anderen BO-Gruppen gezeigt, daß inhaltliche Klärungen in der AA/BO zu so wesentlichen Fragen nicht möglich sind, weil sie (um der Einheit willen) nicht gewollt werden.

Dieser Eindruck hat sich noch einmal bestätigt, als im Herbst 1995 eine gemeinsam zusammengestellte, aber noch nicht diskutierte Thesensammlung für die Grundlagendiskussion von der BO-Mehrheit für bedeutungslos erklärt wurde, weil die dort angesprochenen Punkte mit der konkreten Antifa-Arbeit angeblich nichts zu tun hätten.

Darüberhinaus ist im Herbst 1995 die Zusammenarbeit der Berliner BO-Gruppen auch offiziell aufgekündigt, als ein durchaus spaßiger Brief der Berliner A&P verschickt wurde, in dem allen anderen Berliner BO-Gruppen mangelnde Bereit-

schaft zur Zusammenarbeit, Widersprüchlichkeit, Unverbindlichkeit sowie Unfähigkeit zu und das Versagen in der praktischen Arbeit vorgeworfen wurde. Außerdem nannte sich die Gruppe eigenmächtig in Antifaschistische Aktion-Berlin um und beanspruchte ein Alleinvertretungsrecht.

Nach diesen Ereignissen dürfte klar sein, daß es für uns keine inhaltliche und politische Grundlage gibt, die eine gemeinsame Organisierung rechtfertigen würde, und daß diese in der bestehenden Zusammensetzung auch nicht zu erarbeiten ist.

Was wir an der AA/BO nicht mehr mittragen können

• die AA/BO ist eine klassische, recht verbindliche Teilbereichsorganisierung, wie es sie in den 80er Jahren schon mehrfach gab. Themen, die nicht mit Antifa zu tun haben, sind kaum durchzusetzen. Die politische Analyse bezieht sich fast ausschließlich auf den Ausgangspunkt Faschismus. Die AA/BO hat damit zwar eine unbestrittene Berechtigung als bundesweite Antifa-Koordination (also eine Teilbereichsorganisierung), aber sie verliert den für uns maßgeblichen und im Sommer 1993 formulierten Anspruch: die Ausweitung auf andere politische Felder.

• der Geist in der AA/BO ist ganz offensichtlich von der Meinung geprägt, daß der Zusammenschluß mehrerer Gruppen -egal auf welch dürftiger inhaltlicher und praktischer Grundlage- eine starke Organisation ausmacht. Deswegen hat man panische Angst vor inhaltlichen Diskussionen, die die bestehenden Differenzen bestätigen könnten und eine Klärung unvermeidbar machen würden. Eine unhinterfragte Effizienzorientierung bestimmt die Treffen, es müssen immer scheinbar konkrete Ergebnisse vorweisbar sein.

• dem entspricht das Bedürfnis nach einem geschlossenen, starken, einheitlichen Außenbild, wie es bei tragenden BO-Gruppen gängig ist. Der fetischisierte schwarze Block, die Vertuschung interner inhaltlicher Differenzen und die unbedingte Abschottung tragender BO-Gruppen nach außen sind Ausdruck dieser Haltung. Um jeden Preis wird ein oberflächliches Gefühl von Stärke und Gemeinsamkeit konstruiert.

• das, was an realer Übereinstimmung nicht vorhanden ist, wird durch Formalien zu überwinden versucht. Immer stärker entwickelt sich die AA/BO in diese Richtung: die in der Einsatzbroschüren formulierten Anforderungen werden stereotyp durchgegangen, wer sie erfüllt, kann mitmachen. Inhaltliche Positionen verlieren dadurch gegenüber oberflächlichen Mitgliedschaftskriterien an Bedeutung. Außerdem wird auch die innere Struktur der BO durchformalisiert: Mehrheitsbeschlüsse ersetzen zunehmend die Konsenssuche.

• mit vielen Gruppen teilen wir keine politischen Ziele außer der Gegnerschaft zu Staat und Nazis. Das, was wir als Errungenschaften der Neuen Linken nach 1967 begreifen (die Kritik der autoritären kommunistischen Parteien, die Erarbeitung feministischer und antirassistischer Politik, die Abkehr von einem Antiimperialismus, bei dem bedingungslos alle Gegner unserer Feinde unterstützt werden, etc.), wird von vielen der anderen Gruppen nicht geteilt.

• der persönliche Umgang hat sich spürbar verschlechtert, was einerseits mit den politischen Widersprüchen, andererseits aber auch mit der Effizienzorientierung der AA/BO zu tun hat. Schnell werden Koalitionen gebildet, um bestimmte Positionen durchzudrücken.

• gemeinsame praktische Initiativen sind kaum noch vorstellbar. Die Demonstration zur Freilassung Mumia Abu-Jamals im Sommer 1995, die wir aufgrund ihrer Breite und Lebendigkeit für erfolgreich halten, wird von vielen BO-Gruppen abgelehnt, weil es keinen Beitrag der AA/BO gegeben habe, die anderen Rede zu moderat und das Auftreten der Demo insgesamt zu wenig militant gewesen seien.

• Die Durchsetzung unserer Inhalte würde den Kampf gegen den Willen der Mehrheit der BO-Gruppen bedeuten. Unsere Erfolge in dieser Richtung waren recht gering, obwohl wir zeitweise den größten Teil unserer Anstrengungen in die BO-Arbeit steckten. Das hat unsere Arbeit in Berlin behindert. Wir haben festgestellt, daß wir mit manchen Nicht-BO-Gruppen einfacher und produktiver zusammenarbeiten können.

• Einige wichtige BO-Gruppen haben einen klassisch „politischen" Blick auf die Dinge. Nicht die Stärkung sozialer Bewegungen von unten ist das Ziel, sondern in erster Linie die Stärkung der eigenen Gruppe. In dieser Hinsicht liegt der Schwerpunkt auf Bündnissen mit politischen Gruppen, Medienpräsenz und dem Dazugewinnen neuer Leute. Diese Punkte sind zwar wichtig und legitim, aber sie sind nicht das bedeutendste. Letztendlich muß es uns immer um die Stärkung von Bewegungen der Linken als Ganzem gehen.

Eine Einschätzung von unseren Organisationsversuchen und dem Projekt FelS

Nach dem Scheitern unserer bundesweiten Organisationsversuche haben wir unsere Geschichte revue passieren lassen. Wir sind der Meinung, daß wir politisch spürbar gewachsen sind. Wir haben den Repressionsschlag im Kaindl-Verfahren, die Nervereien im Zusammenhang mit unseren angeblichen RAF-Kontakten und den Druck einer kritischen Szene gut ausgehalten. Von der in der Heinz-Schenk-Debatte geäußerten Kritik haben wir einiges eingelöst: wir haben als Gruppe kontinuierlich gearbeitet, Praxis und Theorie verbunden, uns strategische Ziele gesetzt. Wir haben uns nicht auf ein Thema fixiert, sondern arbeiten sehr breit: zu Antifa/Antirassismus, Frauen, Internationalismus und sozialem Widerstand. Viele von uns sind darüberhinaus als Einzelpersonen noch anderswo aktiv und wir mach die Arranca, über die wir viele Kontakte geknüpft haben. Mit unserer Ausrichtung sind wir ein ganzes Stück von der autonomen Nabelschau weggekommen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse nur am Rande wahrnahm. (In diesem Zusammenhang muß man allerdings sagen, daß die Szeneorientierung in der Linken insgesamt nachgelassen hat. Ausgemachte Szene-Kneipen haben sich für ein anderes Publikum geöffnet, mit dem Zerfall der Subkultur sind viele radikale Linke in die „Gesellschaft zurückgekehrt".) Soziale und politische Unverbindlichkeit oder Hierarchien gibt es natürlich auch bei uns, aber anders als in einer meist diffusen Szene finden in festen Gruppen Auseinandersetzungen darüber statt.

Als Gruppengründung waren wir also erfolgreich, bei dem Ziel bundesweiter Organisation ganz offensichtlich nicht. Dies hat damit zu tun, daß die Organisationsfrage immer mit den realen Bedingungen in einem Land, d.h. für uns konkret mit der Verfaßtheit der undogmatischen, radikalen Linken in der BRD zusammenhängt. Im Prinzip müßte es zwar jeder/m einleuchten, daß wir die Gesellschaft nicht als vereinzelte Individuen oder unverbindliche Kleingruppen verändern werden, sondern nur über kontinuierliche Arbeit an uns, unserem direkten Umfeld und den politischen Verhältnissen. Genau diese Einsicht aber ist in der BRD-Linken im Moment anscheinend nicht möglich. Es gibt offensichtlich nur zwei Optionen in der radikalen Linken: die undogmatische Hälfte schwört auf wenig verbindliche Szenestrukturen, die OrganisationsbefürworterInnen wärmen bürokratische, formale Lösungen auf. Es gibt anscheinend in diesem Land nur ganz wenige Menschen, die eine linksradikale Kritik an Partei- und Avantgardekonzepten teilen, und gleichzeitig eine verbindliche Organisierung befürworten. Mit denen einen teilen wir inhaltliche Positionen, mit den anderen die Vorstellung verbindlicher Arbeitsstrukturen.



Das haben wir falsch eingeschätzt: Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus waren wir überzeugt davon, daß sich klassische ML-Rezepte erledigt hätten und zumindest in der radikalen Linken Einigkeit darüber besteht, daß aus der kommunistischen Geschichte Lehren gezogen werden müssen. In der Wirklichkeit ist dieses Verständnis weniger durchgesetzt als wir gedacht hatten. Die Vorstellung einer Organisation mit Mitgliedschaft, Kassenwart und Zellenleitung, die Effizienzorientierung und Vertuschung interner Diskussionen, die (unbewußte) theoretische Orientierung am plattesten vorstellbaren Marxismus, all das ist immer noch verbreitet.

Auf dieser inhaltlichen Grundlage wollen wir uns nicht organisieren, aber wir geben deswegen unser Projekt nicht auf. Wir konzentrieren uns jetzt mehr auf regionale Bündnisse, auf das Ansprechen neuer Leute, auf die Zusammenarbeit anhand konkreter Projekte, ohne deswegen unser langfristiges Ziel -eine organisierte, radikale Linke- aufzugeben. Es gibt einen schönen Satz, der da heißt, eine RevolutionärIn braucht immer zwei Eigenschaften: Begeisterung und unendlich viel Geduld.

In diesem Sinne werden wir weitermachen. Wir sind an dem Kontakt, der Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen weiterhin interessiert. Vielleicht müssen wir einfach lernen, einen anderen Rhythmus zu gehen. Auch mit den BO-Gruppen wollen wir von wenigen Ausnahmen abgesehen weiterhin zusammenarbeiten. Unsere Kritik bedeutet keine Feindschaft, die Tatsache, daß wir unterschiedliche politische Vorstellungen haben, heißt nicht, daß wir nicht in gemeinsamen Projekten arbeiten können.

In diesem Sinne: LA LUCHA SIGUE!!



Gegen "den Neoliberalismus" = "für die Menschheit"?

Oder: Wie die Jedi-Ritter beim intergalaktischen Kongress für ihr Motto "gegen das Böse - für das Gute" weltweite Freundschaft und ganz viel Solidarität erhielten

In Berlin wird vom 30.5.-2.6.96 ein Treffen stattfinden, auf dem es um Formen und Möglichkeiten politischer Solidarität mit dem Aufstand der EZLN in Chiapas/Mexiko gehen soll. Als internationalistisch interessierter Mensch denke ich: Toll, endlich wieder ein vielleicht größeres Ereignis in der Stadt, zu dem viele zusammenkommen und über Politik jenseits reaktionär oder alternativ gezogener deutschnationaler Grenzen nachdenken und streiten. Also beschäftige ich mich zunächst damit, was denn so bisher zur EZLN und dem Treffen in Chiapas veröffentlicht wurde, und bleibe bei der aktuelllen Ausgabe der "Land und Freiheit" (Nr.21) hängen. Danach krabbeln mir jede Menge Gedanken im Kopf herum, die ich jetzt hier loswerde:

Als ginge es um einen ersten Preis in einem Wettbewerb marktschreierischen Marketings tauchen im Umfeld dieses Treffens sowohl aus Mexiko als auch in deutschsprachigen Texten Superlative auf, die einen Berg von Ansprüchen mit einem damit verbundenen Druck auf die OrganisatorInnen und den Verlauf des Treffens aufschütten, der sich nur negativ auswirken kann: Es geht gleich um die ganze "Menschheit", um "europaweite" Zusammenarbeit, um ein lediglich "erstes" Treffen (dem also noch x folgen werden?), im Aufruf für Berlin wird von "neuer politischer Kultur", "neuen Bündnissen" und "koordinierten politische Aktionen gegen die neue Weltordnung" gesprochen.

Und wer es ist diesmal, der "die neue Weltordnung" verkörpert: Nein, diesmal nicht die USA mit ihren Truppen in Vietnam, am persischen Golf oder vor Kuba, auch nicht mehr Weltmächte mit atomaren Raketen mit "in-fünf-minuten-die-welt-kaputt-bombadier-Fähigkeit". Diesmal sind es "eine Handvoll von Allmächtigen", die "Territorien vom Bildschirm eines Computers aus erobern", eine "weltumfassende Herrschaft" als "Diktatur des Geldes im Namen der Freiheit" "aufzwingen", in der "Militärdiktaturen zu Zwergen werden". Über das ganze wird die "siegreiche Religion des Marktes" mittels der "führenden Kommunikationsmedien" gestülpt. Und dagegen hilft nur das Bündnis derer, die entweder "Hunger nach Brot" oder "Hunger nach Umarmungen" verspüren. Soweit der bekannte uruguayische Schriftsteller und Dichter Eduardo Galeano in seiner Grußadresse an das Treffen in Mexiko im August (aus "Land und Freiheit" Nr.21, dort unkommentiert abgedruckt).

Falls, und ich gehe davon aus, die zitierten Begriffe repräsentativ für die Diskussion um Solidarität mit der EZLN sind, dann steht die Antwort auf die Hauptfrage des Treffens in Berlin, was wir denn von dem Aufstand in Chiapas lernen können, bereits fest: Auf *diese* Art und Weise Nichts!

Zur Begründung einige Anmerkungen (A), in einem späteren zweiten Teil des Textes (B) wird ausführlicher auf den scheinbar neuen "Hauptwiderspruch" "Neoliberalismus" eingegangen werden.:

A) Anmerkungen zur Sprache der Solidarität

1) Eduardo Galeano ist ein hervorragender Dichter und eine überzeugende politisch integre Person - die folgende Warnung soll ihm nichts unterstellen, nur auf mögliche Folgen hinweisen. Wer nämlich mit oben genannten Worten eine Bewegung fast aller, nämlich der nach Brot oder nach Umarmungen Hungernden, gegen eine "Handvoll Mächtige" und ihre "Diktatur des Geldes" beschwört, wird sich schließlich in antisemitischen Bewegungen wiederfinden, die gegen die "reichen Juden und ihren IWF" agitieren. Diese „Argumentation" ist z.B. in Osteuropa weit verbreitet, linke Politik muß das berücksichtigen, und auch in Lateinamerika (auch in der mexikanischen Linken bin ich schon auf so etwas gestoßen) gibt es genügend schlummerndes oder aktives antisemitisches Potential.

2) Die zitierten Worte sollen Hoffnung machen: Hoffnung auf neue politische Aktivität, neue Bündnisse, neue Würde für Menschen dort und hier. Für mich spricht aus Ihnen aber eher Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit: Ist die Lage denn wirklich so schlimm, daß man sich selbst belügen muß, um noch Hoffnung auf Solidarität zu haben? Galeano selbst wird wissen, wie viele andere auch, daß es sehr wohl einen gewichtigen Unterschied macht, ob die "Herrschaft des Geldes" sich als Militärdiktatur oder als sozialliberaler Markt einfindet, ob der Krieg als direkter, "schmutziger" oder als einer der Weltmarktpreise geführt wird, ob Hunger nach Brot die nackte Existenz gefährdet oder "Hunger nach Umarmungen", aber in sozialer Gemeinschaft mit ausreichend Essen und Trinken, das Problem Nr.1 ist. Heutzutage (siehe Teil B zu "Neoliberalismus") hat Solidarität auf der Basis eingebildeter Gleichheit keine Chance, nötig ist Solidarität trotz, vielleicht sogar aufgrund begriffener Differenz.

3) In den Begriffen der mir bekannten deutschsprachigen Texte zum Treffen in Berlin soll vor allem die Aussicht auf etwas "neues" mobilisieren: "neue" Bündnisse usw. Im Vergleich dazu hatte z. B. der "Autonomie-Kongreß", der vor einem Jahr in Berlin stattfand,

die Überlegung angestellt, daß man vielleicht erst einige der "alten Wahrheiten" verstehen müsse, bevor es um die Entwicklung neuer gehen könne. Das war sicherlich auch nur ein Versuch, die eigene Ratlosigkeit zu umschreiben, aber ist der Ruf nach etwas "neuem" die Alternative? Dazu etwas Spott, Psychologie und Politik:

Spöttelnd könnte man zunächst behaupten, daß der Ruf nach etwas "neuem" perfekter Ausdruck "neoliberalen Bewußtseins" ist: Ein Gedanke hat auf dem Markt nur eine Chance, wenn er als "neuer" daherkommt.

Psychologisierend stellt sich die Frage, ob die Sehnsucht nach etwas "neuem" daraus entsteht, daß das "alte" negativ bewertet, aber nicht verarbeitet wird: Der "ganze Scheiß" mit den "gescheiterten nationalen Befreiungsbewegungen", den nationalistischen Männerbünden in aller Welt, der verflucht nochmal komplizierten Weltwirtschaft, der Angst vor der totalen Ökokatastrophe, dem Rassismus und Sexismus politischer Bewegungen. Und jetzt kommt die "neue" Hoffnung: Aus dem "Urwald" (Hoffnungs-Stichwort Nr.1: also kein Kind der umweltfeindlichen Industriestaaten-Modelle in Ost und West), Indigene Basis (Hoffnungs-Stichwort Nr.2: Antirassistisch), bescheiden und basisverbunden (Hoffnungs-Stichwort Nr.3: nicht militaristisch, nicht auf neue (Männer-)Macht aus, keine neuen "Entwicklungs-Modelle", also kein Hang zu neuer "Entwicklungs"-Diktatur etc) und zudem auch noch mit internationalistischem Impuls (Hoffnungs-Stichwort Nr.4, zynisch: endlich wieder ein Objekt für politisch korrekten Tourismus).

Die politische Brisanz der Verwendung des Wortes "neu" kommt in den jeweiligen Hauptwörtern dahinter zum Ausdruck: "neue Bündnisse" und "neue politische Kultur", "neue Möglichkeiten emanzipatorischer Politik", "neue Perspektiven". Bemerkenswerterweise heißt es nicht: "neue internationale Solidarität". Warum heißt es länderübergreifend so warm und zärtlich "Solidarität", auf Berlin/Europa bezogen aber nur kalt und zweckmäßig "Bündnis" Warum geht die Suche nicht nach z.B. "neuen internationalen Bündnissen" und ganz ordinärer "Solidarität der einzelnen und Gruppen hier" ? Einer der größten Stolpersteine auf dem Weg des "Zusammen Kämpfen", dem Ziel von Solidarität und Bündnissen, war in der Solibewegung immer das Ausmaß an Wunschprojektionen auf andere, die Schwärmerei für das "neue" woanders, die Resignation und Zahnlosigkeit der eigenen Politik hier. Könnte es diesmal anders laufen?

4) Wem/welcher das bisherige als Wortklauberei erscheint: Meiner Meinung nach müssen wir die EZLN als Bewegung verstehen lernen, die mit einer *spezifischen* Geschichte, in einer *spezifischen* Region der Welt in einer *spezifischen* politischen Situation *spezifische* Wirkung entfalten konnte gegen eine *spezifische* Auswirkung des weltweiten Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhanges patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Herrschaft. Es gibt also keinen *gleichen* Feind mit Namen "Neoliberalismus" oder Adresse "eine Handvoll Leute" (z.B. in den USA/EU/Japan), keine *kopierbare* politische Strategie, kein *unverändert* übertragbares "Importprodukt" "neue politische Kultur" - wer/welche so denkt, kann von der EZLN zwar viel kopieren, aber lernen: **nichts.**

Was für uns interessant ist an der EZLN, ist genau das spezifische an ihr: Von ihren Fragen können wir lernen, nicht von den spezifischen Antworten: Wie also ist Herrschaft "hier bei uns" organisiert, inwiefern hilft dabei das Stichwort "neoliberal" weiter oder auch nicht, woran hat es bei bisherigen Versuchen, solidarische Kämpfe gruppen- und/oder ländergrenzenübergreifend zu führen, gemangelt, was müssen wir also aus unserer Geschichte lernen: aus 1968 mit dem Höhepunkt der *Verbindung* internationalistischen Bewußtseins mit den eigenen Metropolenkämpfen in Ost (CSSR) und West (Vietnam), aus 1977 (Scheitern der westdeutschen Metropolenguerilla), aus 1989 (osteuropäische Revolten) und 1991 (2.Golofkrieg)? Wie soll hier das Verhältnis militanter/bewaffneter Kräfte aussehen, gibt es eine "Zivilgesellschaft" trotz Rassismus und Patriarchat usw.?

Und, um ein Ergebnis der folgenden Thesen zu Neoliberalismus vorwegzunehmen: Wenn wir zu der Auffassung gelangen, daß eine Parole "für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus" zwar in der Lage ist, ein möglichst breites Bündnis gegen einen möglichst abstrakten Feind zu beschwören, politisch aber z.B. in West- und Ost-Europa nur zukleistert, wo politischer Umgang mit Widersprüchen nötig ist, dann sollten wir dieses Ergebnis auch im August beim interkontinentalen Treffen in Mexiko vermitteln und zur Diskussion stellen. Vielleicht erhält durch diese Beziehung von "gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Kenntnis", wie Galeano richtig schreibt, ergänzt durch gegenseitige Kritik die "gute *alte* Tante" Solidarität "neue" Kraft.

col

nächste Woche gehts weiter...

- PRESSEERKLÄRUNG -

BERLINER STUDIERENDER VON DER BASIS

★ 25. März 1996 ★

Heute haben wir der zweiten Sitzung des Wissenschaftsausschusses im Abgeordnetenhaus einen Besuch abgestattet. Dort wurden die wissenschafts- und unirelevanten Teile des skandalösen Haushaltsstrukturges(chw)ätzes beraten. Um den anwesenden Damen und HERRen der Parteien zu zeigen was wir davon halten, haben wir diese Farce zur Wahrung bürgerlich-demokratischen Anstandes um eine komödiantische Einlage bereichert. Dafür verwendeten wir Lachsäcke und ein Furzkissen sowie ein Transparent mit der Aufschrift:

Selig sind die geistig Armen -
denn ihrer ist der Standort Deutschland

Unsere Forderungen wurden den Anwesenden mittels beschrifteter Luftballons mitgeteilt:

- Wir wehren uns gegen jede Form von Sozialabbau.
- Dagegen setzen wir die Forderung nach einer sozialen und materiellen Grundsicherung für alle Menschen.

Als Betroffene an den Universitäten sind unsere hochschulpolitischen Forderungen:

-- **Keine Ermächtigung des Eingriffs staatlicher Stellen in der Hochschulplanung. (Art.II § 4 (3) Haushaltsstrukturgesetz: neuer Absatz § 89(3) BerlHG)**
-- Gleichberechtigte Selbstverwaltung an der Universität.
-- Keine Erhebung direkter oder indirekter Studiengebühren. (Art.II § 4 (1) Haushaltsstrukturgesetz: Änderung v. § 2(8) BerlHG).
-- Keine BAföG-Darlehensverzinsung.
-- Finanzierung eines Hochschulstudiums im Rahmen der sozialen Grundsicherung für alle Menschen.
-- Finanzierung der Hochschulen anhand der tatsächlichen Studierendenzahlen (s.a. Art.I § 7 (1) Haushaltsstrukturgesetz).
-- Aufhebung aller Repressionsmaßnahmen (Zwangsberatung, Zwangsexmatrikulation...) an den Hochschulen.
-- Erhalt und Erweiterung der pluralistischen Berliner Hochschullandschaft anstelle der Streichung von Mehrfachangeboten (Art.II § 3 Haushaltsstrukturgesetz).
-- Keine Privatisierung der Universitäten / Keine Umstrukturierung in profit-center !

SOZIALABBAU IN JEDEM LAND -
ORGANISIERT DEN WIDERSTAND !



Villa Courage e. V.
internationales Frauenflüchtlingshaus
Habsburgerstraße 9
79104 Freiburg i.Br.
Tel. 0761/551280
0761/5569222



Spendenaufruf

Villa Courage ist das bisher einzige autonome internationale Frauenhaus in der BRD. *Villa Courage* bietet Zuflucht für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder, die innerhalb der BRD aufgrund patriarchaler Gewaltverhältnisse -konkret heißt das zum Beispiel sexuelle Gewalt und Gewalt in der Familie, Zwangsverheiratung...- fliehen.
Der Schritt ins Frauenhaus ist für jede Frau eine mutige Entscheidung. Frauen, die ohne deutschen Pass in der BRD leben, und/oder Frauen, die aufgrund ihres Aussehens hier von Rassismus betroffen sind, haben auf dem Weg in die Eigenständigkeit mehr und andere Probleme und Hindernisse zu bewältigen als weisse deutsche Frauen. *Villa Courage* bietet ihnen einen geschutzten Raum, um zur Ruhe zu kommen und ihr weiteres Leben zu planen und vorzubereiten.

Villa Courage ist kein öffentlich finanziertes oder gefördertes Projekt. *Villa Courage* lebt von den Frauen und Kindern, die hier Zuflucht suchen und finden, vom antirassistischen und antisexistischen Bewusstsein unseres ehrenamtlich arbeitenden Teams (Migrantinnen und weisse deutsche Frauen) und von Spenden.

***Villa Courage* braucht Spenden!**
dringend - sofort - regelmäßig

Aufgrund unserer existentiell bedrohlichen Finanzlage fordern wir alle fortschrittlichen Menschen auf, *Villa Courage* regelmäßig mit einer kleinen Spende zu unterstützen, trotzdem vielleicht auch Eure Finanzlage nicht wohlhabend ist; auch 20,- oder 50,-marks Spenden (von der Steuer absetzbar) helfen uns viel!

Wir bedanken uns herzlich,

Villa Courage

Unser Konto: 29 20 87-750 Postgiroamt Karlsruhe BLZ 660 100 75

§ 129a Prozeß gegen zwei kurdische Genossinnen und einen kurdischen Genossen in Hamburg

Am 20.3.1996, einen Tag vor dem kurdischen Neujahrfest Newroz, beginnt vor dem Oberlandesgericht Hamburg der § 129a Prozeß (Mitgliedschaft in oder Werbung für eine terroristische Vereinigung) gegen Azime Yilmaz und Meryem Yagicibulut und Sait Bilgin. Alle drei wurden am 20.12.1994 in Bremen verhaftet. Sie gehören zu den vielen hundert Kurdinnen und Kurden, die seit dem PKK-Verbot verfolgt, verhaftet oder abgeschoben wurden.

Schon am 25.9.1995 begann in Frankfurt ein § 129a Prozeß gegen kurdische Genossinnen und Genossen, dies ist nun der 2. Prozeß, der in dieser Reihe in der BRD eröffnet wird. Für den 10.4 1996 ist ein weiterer Prozeß in Stuttgart geplant. Die Vorwürf gegen die kurdischen Gefangenen lauten alle gleich: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). In der Anklageschrift zum Frankfurter Prozeß heißt es, zur Planung und Umsetzung „aktionistischer Tätigkeiten" habe sich in Deutschland innerhalb der PKK eine „terroristische Struktur" gebildet. Diese wird von der Generalbundesanwaltschaft als „Europäische Frontzentrale", die in den einzelnen Ländern „Regions- und Gebietsverantwortliche" einsetze, bezeichnet.

Auch Azime, Meryem und Sait wird vorgeworfen, Verantwortliche in dieser Struktur gewesen zu sein. Darüberhinaus wird ihnen zweifacher versuchter Mord vorgeworfen. Der Vorwurf, die PKK würde politische „Abweichler" ermorden, ist ein Konstrukt der Bundesanwaltschaft, das schon in anderen Prozessen gegen Kurdinnen und Kurden angewandt wurde. Es dient dazu, hohe Haftstrafen und eine Entsolidarisierung zu erzielen.

Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden in der BRD

Mehr als 20 kurdische Gefangene sitzen wegen § 129a in bundesdeutschen Knästen. Das ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs: Seit dem Verbot der PKK und Schließungen von Kulturvereinen und Zentren, sowie zahllosen verbotenen Demonstrationen, Veranstaltungen und Festen geht die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Kurdinnen und Kurden wegen angeblichem Verstoß gegen das Vereinsgesetz (§20), angeblicher sogenannter Spendengelderpressung und Landfriedensbruch an die tausend. Allein nach einem Treffen im Oktober 1995 in der Nähe von Gießen wurden 177 Verfahren wegen Verdacht auf Verstoß gegen das Vereinsgesetz eingeleitet. Mehr als hundert Kurdinnen und Kurden sitzen im Knast. Auch die kurdische Frauenorganisation YAJK wird in zunehmendem Maße kriminalisiert, einzelne Aktivitäten verboten.

Mittlerweile wird nahezu jede Sympathieerklärung und Unterstützung für den kurdischen Befreiungskampf kriminalisiert und verfolgt.

Warum führen die HERRschenden hier Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden? Es geht um die Sicherung BRD-eigener imperialistischer Interessen. Deshalb beteiligt sich die BRD am Vernichtungsfeldzug der Türkei gegen das kurdische Volk. Sie liefert Waffen in Milliardenhöhe, leistet wirtschaftliche Unterstützung, führt mit der berüchtigten Spezialeinheit „Saarlandbrigade" Bundeswehrmanöver in Kurdistan durch und bildet Polizei und Geheimdienste in der Türkei aus. Erst vor einigen Wochen hat ein internationales Konsortium unter Federführung des Frankfurter Konzerns Philipp Holzmann AG die Finanzierung des GAP-Staudamms in Kurdistan übernommen. Dieses Projekt gibt der Türkei (und ihren Partnern) u.a. die „Wasserwaffe" gegen Syrien und den Irak in die Hand.

Unterstützt mit uns zusammen Meryem, Azime und Sait im Prozeß, schreibt ihnen und organisiert weitere Solidarität! Es wird auch einen bundesweiten FrauenLesben-Prozeßtag geben. Kommt zahlreich!

Prozeßeröffnung am 20.3.96
Treffpunkt um 8.30 Uhr vor dem Staatsschutzeingang des OLG Hamburg

Geplant ist eine **Diskussionsveranstaltung für FrauenLesben** am 14.Mai 1996 und ein **Frauenlesbenprozeßtag** am 15.Mai1996

Weitere Prozeßtermine sind:
im März, 20.21.26.27 und der 28.
im April , 9.10.11.16.17.23.24. und der 30
im Mai, 2.7.8.14.15.22.23.28. und der 29.
im Juni, 5.6.11.12.19.20.25. und der 26.

Es raschelt im Blätterwald - die erste Ausgabe der "Antifaschistischen Zeitung" kommt Anfang April 1996

Liebe Leute,

Anfang April erblickt die "**Antifaschistische Zeitung**" das Licht der Welt.
Das Projekt einer eigenen Zeitung aus der undogmatischen linksradikalen Szene schwirrte schon seit längerem in vielen Köpfen herum. Wir, einige Frauen und Männer von fast überall her, haben die Initiative ergriffen und sind mittlerweile vollauf mit der Produktion der ersten "**Antifaschistischen Zeitung**" beschäftigt. Sie soll vorerst alle 2 - 3 Monate erscheinen. In der ersten Nummer (April/Mai 96) werden u.a. folgende Themen zu finden sein:

- Rudolf Steiner, die Anthroposophie und die Herrenmenschentümelei
- Der Krieg in ex-Jugoslawien und die Rolle der schweizerischen Regierung
- Linke Männer und Sexismus
- Physiognomik: eine rassistische Pseudowissenschaft
- und anderes mehr

Es scheint uns sehr wichtig festzuhalten, dass wir *keinen Alleinvertretungsanspruch* haben. Wir sind nicht *die* Antifa und wollen die verschiedenen inhaltlichen Positionen auch gar nicht auf eine Linie bringen, sondern vielmehr unser Blatt öffnen für alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen, die uns ihre Recherchearbeiten über Faschos, Fotos, Diskussionsopapiere, Berichte, Aufrufe, Erklärungen etc. zusenden. Einig sind wir uns darüber, dass wir selber uns organisieren müssen, wenn wir gegen Rassismus von oben und unten, gegen die Faschos auf der Strasse und gegen alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung überall kämpfen wollen.

Um diese Funktion eines Antifa/Antira-Mediums auch erfüllen zu können, sind wir unbedingt auf eure Mitarbeit angewiesen! Also schickt uns eure Texte - maschinengeschrieben oder auf Diskette, nichts handschriftliches! Desweiteren würden wir gerne Austauschabos mit anderen Zeitungen/Zeitschriften anbieten, damit wir ein umfassendes Archiv aufbauen können.

Widerstand braucht nicht nur Fantasie, sondern leider auch Geld. Die Herstellung der Zeitung und die Anschaffung einer minimalen Infrastruktur verschlingen mehr Knete, als wir alleine aufbringen können. Ihr könnt uns helfen, wenn ihr beispielsweise Solikonzerte o.ä. organisiert, Abos sammelt oder einfach eine Spende macht.

Da wir nie sicher sein können, nicht von Faschos oder der Justiz in unserem Tun belästigt zu werden, haben wir die verdeckte Struktur gewählt. Wir möchten ohne zuzuordnende Adresse oder Namen arbeiten, darum haben wir uns die WoZ als Postanschrift gewählt. Die WoZ hat aber mit der "**Antifaschistischen Zeitung**" nichts zu tun.
Sowieso: unwichtig wer - wichtig dass!

Wir zählen auf eure Unterstützung!

euer antifaschistisches Zeitungskollektiv

Gründet zwei, drei, viele (Antifa-) Zeitungen!
Holt die Satelliten vom Himmel!
Für eine Gesellschaft ohne oben und unten!

Preise:

Die Einzelnummer kostet	2.50.-, zzgl. 1.- P&P
Abo für 4 Ausgaben:	14.- inkl. P&P (SchülerInnen, Arbeitslose, "Normal"verdienende etc.)
Unterstützungsabo 4 Ausgaben	ab 50.-

(Bitte mit Noten und Marken bezahlen. Ausland: Währung egal, aber bitte Internationale Antwortscheine und keine Briefmarken!)

Alle Post an:

1. Umschlag	WoZ Postfach CH - 8031 Zürich
2. Umschlag (innen):	*Antifaschistische Zeitung*



zum Heft 3 der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Rumänien.
Vor den Toren der Festung Europa

EFM Heft 2
Verlag der Buchläden Schwarze Risse • Rote Straße

im Buchladen Schwarze Risse,
Gneisenautsraße 2a, Mehringhof

Rumänien.
Vor den Toren der Festung Europa

Gedanken-Splitter zum 1. Mai

Wir begrüßen die Initiative einiger Gruppen, am diesjährigen 1. Mai wieder eine Demo zu organisieren - allerdings haben wir an bisher veröffentlichten Ideen dazu einige Kritik.
Der Aufruf (Interim 363) und auch das veröffentlichte Protokoll der ersten VV sind nicht gerade Dokumente, die vor Lust auf Widerstand sprühen und Attraktivität ausstrahlen. Sie sind in unseren Augen vielmehr Ausdruck eines schematischen Politikverständnisses, inhaltsleer und konzeptionslos.
Die 1. Mai als kunterbunter Markt der Möglichkeiten, alle dürfen mitmachen, die irgendwo den Begriff "revolutionär" im Munde führen und das ganze am besten noch bundesweit?
Erst mal zum letzteren - mit keiner Silbe betont der Aufruf, warum denn bitteschön bundesweit mobilisiert werden soll. Es drängt sich der Verdacht auf, daß das halt bei den AA/BO Demos schon immer so war und deshalb auch so bleiben muß. Sind zu diesem Punkt GenossInnen aus anderen Städten/Regionen gefragt worden, was sie davon halten? Liegt dem mehr zugrunde als ein Beschluß einer Berliner Vorbereitungsgruppe? Wie steht ihr dazu, daß es seit Jahren auch in anderen Städten kontinuierliche autonome 1. Mai-Demos gibt, gegen die ihr dann mobilisieren würdet?
Der 1. Mai in Berlin hatte zwar seit 87 bundesweite Bedeutung, jedoch nicht durch die inhaltliche Bestimmung, sondern Putz und Militanz. Ansonsten war es immer eine ausschließliche Initiative von Berliner Gruppen, es hatte niemals sowas wie bundesweite Treffen dazu gegeben und das war auch richtig so.
Es spricht natürlich überhaupt nichts dagegen, daß viele GenossInnen von auswärts nach Berlin kommen, wie das von 88 bis 93 auch immer gewesen ist. Nur - warum ausdrücklich eine bundesweite Mobilisierung?
Desweiteren löst die relative Akzeptanz der RIM seitens der Vorbereitung bei vielen (bei uns auch) üble Abneigung aus. Hier wird aus der Geschichte nicht nur nichts gelernt und die gleichen Fehler wiederholt, sondern eine Organisation wieder hoffähig gemacht, die sich ein für allemal disqualifiziert hat und auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Wir gehen davon aus, daß sich eine Teilnahme der RIM an der Demo nur um den Preis harter körperlicher Auseinandersetzungen verhindern lassen würde, was nicht unsere Absicht ist. Aber eine solche Organisation, die ihren angeblichen revolutionären Alleinvertretungsanspruch penetrant wie keine andere vor sich herträgt und oft genug versucht hat, ihn in unerträgliche Art und Weise praktisch umzusetzen, hat mit unseren Vorstellungen von Befreiung nix zu tun und auf "unseren" Treffen ergo nix zu suchen.
Durch den liberalen Umgang mit der RIM drängt sich einfach der Verdacht auf, daß es den OrganisatorInnen auf eine wabblige Breite der Demo ankommt, die entweder einem Politikverständnis entspricht, daß es aus unklarer inhaltlicher Bestimmung kein Problem ist, mit autoritären Organisationen zusammenzuarbeiten, oder aber daß in der Vorbereitung selbst autoritäre Positionen und Handlungsweisen existieren. Hierzu fordern wir den Vorbereitungskreis auf, Stellung zu beziehen.
Ansonsten würden wir uns auf eine starke und große Demo zum ersten Mai freuen. Es sollte inhaltlich ein gemeinsames Motto geben, was sich auch auf dem Leittranspararent wiederfindet. Dies darf nicht aus Teilbereichen kommen, sondern muß unseren Anspruch auf revolutionäre Veränderung insgesamt klarmachen. Ein solches Motto birgt zwar die Gefahr nicht besonders inhaltlich, sondern eher platt á la "eat the rich" oder "wir wollen keine krümel, sondern die ganze bäckerei" zu sein, dafür können sich aber auch alle TeilnehmerInnen dahinterstellen, was bei "Antifa heißt Angriff" sicher nur für einen Teil zutreffen würde. Ansonsten denken wir, daß die TeilnehmerInnen (und auch wir) nicht *wegen* des/der Aufrufe kommen, sondern *trotzdem*. Jedenfalls wenn es eine große Demo werden soll, die zumindest den Anspruch hat, die Größenordnungen von 88-93 zu ereichen. Hierzu wäre es auf jeden Fall hilfreich, die Demo am O-Platz starten zu lassen. Die Gründe, die dafür sprechen, sind im VV-Protokoll genannt worden. Wir fänden es aber ausgesprochen schwierig, die Route vom O-Platz in den Prenzelberg zu führen, da es kaum eine Möglichkeit gibt, die großen, breiten und toten Straßen in Mitte zu umgehen. Dort entlang zu gehen hat sich 93 als ziemliche Katastrophe herausgestellt. Ziemlich viele haben sich von der Demo verabschiedet, als sie sich aus den Wohngebieten entfernt hatte und die Bullen hatten keine Probleme, uns dort des öfteren anzugreifen. Die Route sollte nur durch belebte Gegenden ziehen, denn von 88-93 sind ganz viele nie die ganze Strecke mitgegangen, sondern immer nur ein Stück weit, vielleicht nur von der eigenen Haustür bis zum nächsten oder übernächsten Café. Denn der Großteil der DemoteilnehmerInnen hatte zwar ein irgendwie geartetes antagonistisches Verhältnis zum Staat/System, war aber nie so entschlossen und revolutionär wie sich das viele von uns gewünscht und eingeredet haben. Dies wird dieses Jahr nicht anders sein. Von daher unser klarer Vorschlag: 13.00 O-Platz durch Kreuzberg/Neukölln und wenn dies nicht mehrheitsfähig sein sollte (vielleicht weil viele eine stärkere Abgrenzung von "den Autonomen" wollen?), dann gleich ein Treffpunkt in Prenzelberg oder Wohngebieten von Mitte.

Anja, Olli & Kurt

BERLIN BLACK
LIBERATION SOUNDS
presents
an
African*Reggae
Soul
EXPLOSION

6.APRIL '96
start: 22.00

im Cafe EX, Mehringhof
Gneisenaustr. 2
U-Bahn: Mehringdamm

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN:

Otto Rühle:

Brauner und roter Faschismus





- ein antiautoritärer Marxist widersetzt sich Parteidiktatur und Führerideologie

Vortrag und Diskussion:

am Montag, den 1. April 1996

um 19.00 Uhr

im Anarchistischen Laden,
Rathenower Str. 22 (Berlin Moabit)

Veranstaltung von

Colpo
anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

"Happy Birthday, Haftbefehl!"
Zum 150. "radikal"

Der Film erzählt die Geschichte der "radikal" und ihrer Verfolgung.

Videofilm auf Großleinwand

Dazu aktuelle Infos:

AIZ - was ist Gesamtwiderstand der Linken
Zur aktuellen Situation des sogenannten linksradikalen und linksäutoritären Widerstandes

Das erste Mal in der Geschichte der BRD verfolgt die Bundesanwaltschaft ein Zeitungsprojekt als Ganzes, weil es eine "kriminelle Vereinigung" sein soll.
Der Film erzählt die Geschichte der "radikal" und ihrer Verfolgung: 1984 wurden Benny Harlin und Michael Klöckner als angebliche Herausgeber der "radikal" zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. 1987 wurden mehrere Buchhändler wegen Verkauf von "radikal"-Ausgaben zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt.
Am 13. Juni 1995 wurden vier junge Männer in Haft genommen, weil sie Mitarbeiter der 1976 gegründeten "radikal" sein sollen. Gegen weitere 18 Personen laufen Ermittlungsverfahren.
In "Happy Birthday, Haftbefehl!" kommen Mitglieder der Hamburger Solidaritätsgruppe zu Wort.
Die Montage von aktuellem und historischen Material zeigt, wie sich das politische Klima im Land seit den 80er Jahren verändert hat.

Montag, 1.4. um 21.00

Veranstaltungsort:
Cafe Cralle, Hochstädter Str. 10A
Berlin-Wedding - S/U-Bahn Leopoldsplatz

Anarchistische Gegenentwürfe zur Realgesellschaft

Inforeferat mit Videocollagen

Haben die anarchistischen Strömungen die Utopie einer menschengerechten Gesellschaft aufgegeben? Unter dem Schlagwort der "anarchistische Ideen müßten offensiv in die sozialen Bewegung zur Weiterentwicklung des Kapitalismus" eingebracht werden, plädieren immer mehr Strömungen für die Aufgabe eines Gegenentwurfes zu dieser real existierender Gesellschaft.
An Hand der theoretischen und zum Teil gescheiterten Gegenentwürfe, wie Bolo, Bolo: A-Projekt; Kraftwerk; der Häuserbewegung; usw. wird dargestellt, daß es sich nichts ändern wird, wenn wir uns weiterhin im denken und fühlen innerhalb dieser Gesellschaft bewegen.

Dienstag, 2.04. um 19.00

Irgendwann Irgendwie Irgendwo
Hafenstr. die gewonne Schlacht?

1981 wurden 8 Häuser in der Hafenstr./Hamburg besetzt. Januar 1996 wurden die Hafenstr. Häuser an die Genossenschaft "Alternativen am Elbufer" verkauft. Vom autonomen Besetzerin zur Wohnungsbaugenossenschaft.

Videofilm auf Großleinwand

Zum Film: *In der Nacht vom 11. zum 12. Npovember 1987 werden in der Hafenstraße Barrikaden gebaut. Die Regierenden hatten die Räumung der acht Häuser beschlossen. Ein Vertrag schien unerreichbar. Es folgten sechs Tage zwischen Barridkaden, mit einem eigenen Radiosender und einer Welle der Solidarität. - Erfahrungen in einem "befreiten Gebiet"-*
Am siebten Tag werden die Barrikaden abgebaut, und mit Ihnen ein Stück unserer Identität. Wir hatten einen Vertrag durchgesetzt, einen Vertrag, den kein "norma-ler" Mieter unterschrieben hätte.."
Das Video zeigt die Chronologie der Ereignisse von Ja-nuar 1987 bis zum Barrikadenbau im November und die Barrikadentage bis zum Vertragsabschluß.

Dienstag, 2.04. um 21.00

Informationstreffen
Colpo anarchistische Aktion- und Medienwerkstatt (im Aufbau)

Anarchistische Wohn- und Lebensgruppen

Info- und Diskussionveranstaklung

Seit einiger Zeit versucht in Berlin eine anarchistische Aktion- und Medienwerkstatt Fuß zu fassen.
Neue politische und gesellschaftliche Entwicklungen fordern auch andere politische Lebens- und Arbeitsformen.
Motto könnte sein -alles ist denkbar vieles möglich, sofern nicht eine auseinanderklaffen von politischer Betätigung und privaten Lebem System wird.
Wer also irgendwie Lust oder Interesse hat sich näher zu informieren, Fragen zu stellen oder Ideen zu äußern ist herzlichst willkommen.

Mittwoch, 3.04. 18.00

Veranstaltungsort:
El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

*sozialrevolutionär
libertär
bunt
anarchistisch
syndikalistisch
autonom
undogmatisch
anational
freiheilichsozialistisch
linxradikal
linxkommunistisch
anarchafeministisch
A
ANTIAUTØRITÄRES PLENUM
zur revolutionären 1. mai demo
DO 19 UHR
nachladen (waldemar 36)

